

Jahresbericht
2008



Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
D-49074 Osnabrück
Fon: +49.(0)541.600.35.42
Fax: +49.(0)541.600.79.039
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de

Fotonachweis:
S. 4, 37 Bildnetzwerk Bildschön
S. 23 Wilhelm Nolte
S. 32 Berghof-Foundation
S. 39, 40 Pressestelle der Universität Bremen

© 2009 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF

Druck: Levien-Druck GmbH, Osnabrück
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2009

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
I. Die Fördertätigkeit der Stiftung	6
1. Die Förderung von Forschungsvorhaben.....	8
1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben.....	9
1.2. Reihe „Forschung DSF“	16
1.3. Erhöhung des Förderhöchstbetrages für Großprojekte	16
1.4. Evaluierung der Forschungsprojektförderung	17
1.5. Forschungsinitiativen der DSF	17
1.6. Förderung des „Friedensgutachten“.....	18
1.7. Die Förderung von Kleinprojekten.....	19
1.8. Zeitschriftenförderung	26
1.9. Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung	27
2. Struktur- und Nachwuchsförderung	28
2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg	28
2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem	29
2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“	30
2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Masterstudiengänge	31
2.5. Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt	32
II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen	34
1. Forschungskonsultation „Globaler Klimawandel und neue Gewaltkonflikte“	34
2. Veröffentlichung des Tagungsbandes „Strategies for Peace“	35
3. „Parlamentarischer Abend“ 2008 zur Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik	36
4. Öffentliches Kolloquium zum 150. Geburtstag des deutschen Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde	38
5. Öffentliche Veranstaltung zum Thema Religion und Frieden auf dem Katholikentag 2008	41
6. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit	42
III. Aufgaben und Struktur der Stiftung	44
1. Stiftungsrat	44
2. Wissenschaftlicher Beirat	46
3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück.....	48
4. Die Schirmherrschaft.....	48
IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht	49
1. Bilanz 2008	49
2. Ertragsrechnung 2008.....	50
V. Anhang	54
A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2008 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben	54
B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten.....	62

Vorwort



Mit dem Jahresbericht 2008 stellt die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) ihre Förderaktivitäten sowie ihre Struktur und Arbeitsweise vor. Darüber hinaus gibt der Bericht einen Einblick in die Veranstaltungen und Ereignisse, die im zurückliegenden Jahr für die Stiftung von Bedeutung waren.

Gegründet wurde die DSF im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist eine kapitalgedeckte Stiftung bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück. Als Einrichtung der Forschungsförderung unterstützt die Stiftung Vorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Durch eigene Initiativen gibt sie ferner Impulse zur Erschließung neuer Forschungsgebiete und zur nationalen und internationalen Vernetzung von Forschungsaktivitäten.

Den zentralen Förderbereich bildet die Forschungsprojektförderung. Durch ihr Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung konnte die Stiftung in den letzten Jahren außerdem die institutionellen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland stärken. Darüber hinaus unterstützt die DSF die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die politische Praxis und Öffentlichkeit.

Die Stiftung richtete im September 2008 ihren nunmehr vierten Parlamentarischen Abend in Berlin aus. Die Veranstaltung zum Thema „Wie lässt sich die globale Aufrüstungsdynamik umkehren? Handlungsoptionen für eine friedenssichernde Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik“ fand eine sehr erfreuliche lebhaft Resonanz, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil sich nach langen Jahren des Stillstands erstmals wieder Perspektiven zur Wiederbelebung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik auf internationaler Ebene eröffneten. Die Referenten des Abends verdeutlichten in ihren Beiträgen, in welchen Bereichen der dringendste Handlungsbedarf für die deutsche und europäische Politik besteht und welche Instrumente und Handlungsoptionen zur Verfügung stehen, um die globale Aufrüstungsdynamik einzudämmen oder gar umzukehren.

Die Parlamentarischen Abende der Stiftung haben sich als Dialogforum für Wissenschaft und Politik bewährt. Aus den Gesprächen gingen wiederholt Anregungen hervor, weitere wichtige Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik aufzugreifen, mit denen sich die Mitglieder des Deutschen Bundestages im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit auseinandersetzen müssen. So bereitete die Stiftung für Januar 2009 ein Fachgespräch mit dem „Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik“ der CSU zu den Herausforderungen des Konzeptes der „Menschlichen Sicherheit“ für die internationale Friedenspolitik in München vor. Im März 2009 folgte ein weiteres Fachgespräch mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, das sich mit den Grundfragen der Völkerrechtsentwicklung in Verbindung mit der Beteiligung Deutschlands an multilateralen Friedensmissionen und Auslandseinsätzen befasste.

In der Forschungsprojektförderung bewilligte die Stiftung 2008 Fördermittel in einer Höhe von annähernd einer Million Euro. Hiervon entfielen 846 Tsd. Euro auf sechs größere Forschungsvorhaben, die neu in die Förderung aufgenommen wurden, weitere 129 Tsd. Euro auf die Finanzierung von 13 Kleinprojekten wie Pilotstudien, Tagungen und Publikationen. Hinzu kommt erstmalig das Förderbudget für Vernetzungsprojekte, mit dem zwei Veran-

staltungen mit einem Volumen von 9 Tsd. Euro unterstützt werden konnten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Förderleistungen somit um mehr als 30 Prozent gesteigert.

Der Stiftungsrat der DSF beschloss zudem, die Rahmenbedingungen für die Förderung von Forschungsprojekten durch eine Anhebung des Förderhöchstbetrages zu verbessern. Lag die Obergrenze für ein Einzelprojekt bisher bei 150 Tsd. Euro, so wird es beginnend mit Juni 2009 möglich sein, Fördermittel bis zu einer Höhe von 175 Tsd. Euro zu beantragen. Mit dieser Anpassung soll insbesondere den gestiegenen Kosten für die Personal- und Sachausstattungen von Forschungsvorhaben Rechnung getragen werden.

Die Finanzierung solcher Mehrausgaben erfolgt allerdings aus den bestehenden Förderpöpfen, weil die Stiftung auf keine zusätzlichen Einnahmequellen zurückgreifen kann. Darüber hinaus hat die internationale Finanzmarktkrise auch im Stiftungsvermögen der DSF deutliche Spuren hinterlassen, die zu einer Schmälerung der Erträge führen werden. Aus heutiger Sicht ist zudem eine Verengung der finanziellen Handlungsspielräume durch die rückläufigen Entwicklungen bei den Zinserträgen zu erwarten. Der Stiftungsrat kam deshalb nicht umhin, die Budget-Ansätze für die Förderleistungen der Stiftung im Jahr 2009 an die veränderte Ertragssituation anzupassen.

Aus Sicht der Stiftung ist es besonders bedauerlich, dass die Planungen zur Fortsetzung der Promotionsförderung nicht weitergeführt werden können. Für ein neues Programm fehlen nun die finanziellen Voraussetzungen. Da die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Auftrag in der Stiftungssatzung verankert ist, gilt es, die Anstrengungen zu verstärken, um zusätzliche Ressourcen verfügbar zu machen. Ohne eine nachhaltige Stärkung der Kapitalbasis der Stiftung wird dieses Ziel aber nicht zu erreichen sein.

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat auch im Jahr 2008 vielfältige Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Aktivitäten erfahren. Sie ist vor allem den zahlreichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zu großem Dank verpflichtet, die durch ihre ehrenamtliche Gutachtertätigkeit einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten, dass die Stiftung ihre Aufgaben erfüllen konnte.

Der Dank richtet sich zudem an die Projektnehmer und Projektnehmerinnen, die für die Veranstaltungen der DSF bereitwillig ihre Expertise zur Verfügung stellten. Die Stiftung bedankt sich ferner bei ihren Kooperationspartnern für die konstruktive Zusammenarbeit, die für eine erfolgreiche Verwirklichung von gemeinsamen Projekten unerlässlich ist.

Ihnen allen danke ich im Namen des Stiftungsrats sehr herzlich für ihr Engagement und hoffe, dass sich diese fruchtbare Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen wird.



Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender



I. Die Fördertätigkeit der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung erfüllt den Satzungsauftrag insbesondere durch ihre Förderprogramme. Im Zentrum der Aktivitäten steht die Forschungsprojektförderung, mit der die Stiftung wissenschaftliche Untersuchungen und Veranstaltungen der Friedens- und Konfliktforschung unterstützt. Aufgrund begrenzter Fördermittel verzichtete die Stiftung bisher darauf, thematische Schwerpunktprogramme für die Forschungsprojektförderung auszuschreiben. Eine weitere Zielsetzung der Fördertätigkeit der DSF besteht darin, die Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Nachwuchskräfte zu verbessern sowie die Friedens- und Konfliktforschung in ihrer strukturellen Entwicklung zu stärken.

Darüber hinaus hat die Stiftung satzungsgemäß eine initiiierende Aufgabe, d. h. sie kann durch eigene Veranstaltungen Impulse für die Erschließung neuer Forschungsgebiete und für die strukturelle Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung geben. Mit dieser Zielsetzung richtet die DSF nationale und internationale Konferenzen sowie Forschungskonsultationen aus, um innovative Forschungsvorhaben anzuregen und einschlägige Forschungsaktivitäten miteinander zu vernetzen. Eigene Initiativen entfaltete die Stiftung auf zwei Themengebieten, die in den öffentlichen friedens- und sicherheitspolitischen Debatten große Bedeutung erlangten, in der wissenschaftlichen Forschung jedoch nur begrenzten Widerhall fanden: die Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und in Friedensprozessen sowie der globale Klimawandel und das Auftreten neuer Gewaltkonflikte.¹

Die Förderpraxis der DSF orientiert sich an den Leitlinien der Forschungsförderung, die im Jahr 2000 unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ durch eine in der Gründungsphase der Stiftung berufene Struktur- und Findungskommission ausgearbeitet worden waren. Diese Leitlinien definieren folgende drei zentrale Themenkomplexe:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

Im Anschluss an die im Herbst 2008 abgeschlossene erstmalige Evaluierung der Forschungsprojektförderung soll geprüft werden, ob die in den Leitlinien aufgeführten Schwerpunktthemen noch hinreichende Aktualität besitzen oder ob sie gegebenenfalls überarbeitet werden müssen.

Die Bewertungskriterien für die Projektförderung der DSF sind in den „Rahmenbedingungen Forschungsförderung“ festgelegt, die in ihrer gültigen Fassung im März 2004 durch den Stiftungsrat beschlossen wurden. Wichtige Maßstäbe sind vor allem die wissenschaftliche Qualität und die Originalität eines Vorhabens, aber auch die Berücksichtigung des Ergebnistransfers in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Außerdem werden strukturelle Gesichtspunkte für die Bewertung herangezogen, wie z. B. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die internationale Zusammenarbeit oder die Erhöhung des Anteils von Wissenschaftlerinnen. Für die Antragstellung stellt die Stiftung Leitfäden zur Verfügung, die je nach Antragsart Auskunft über den Umfang der erforderlichen Unterlagen sowie über die sinnvolle Gestaltung der Anträge auf Projektförderung geben.

Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 nahm die DSF 46 größere Forschungsvorhaben in die Förderung auf. Hierfür stellte die Stiftung finanzielle Mittel in einer

¹ Siehe hierzu die Erläuterungen in Kapitel I.1.5. des Jahresberichts.





Höhe von 5,57 Mio. Euro bereit. Bis Ende 2008 wurden insgesamt 32 Forschungsprojekte abgeschlossen.

Darüber hinaus förderte die Stiftung seit ihrer Gründung mehr als 100 Kleinprojekte in Form von kleineren Forschungsvorhaben oder Pilotstudien, Tagungen, Publikationen und Fachzeitschriften. Das Gesamtvolumen dieser Förderleistungen beläuft sich bis Ende 2008 auf 806 Tsd. Euro. Sowohl die anhaltend große Nachfrage nach Fördermitteln für Kleinprojekte als auch die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, dass mit diesem Instrument wichtige Förderleistungen erbracht werden, um den innerwissenschaftlichen Austausch sowie die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu unterstützen. Die Finanzierung von Pilotstudien hat sich bewährt, um die Entwicklung innovativer größerer Forschungsvorhaben zu fördern.

Darüber hinaus wird mit Hilfe von Kleinprojekten auch die Verknüpfung von Wissenschaft und politischer Praxis unterstützt.

Die im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung unterstützten Vorhaben lassen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, folgenden Themenschwerpunkten zuordnen:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Gewalt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Friedenspädagogik
- Historische Friedensforschung

Im Rahmen der Forschungsprojektförderung unterstützt die Stiftung darüber hinaus das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“, das von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten herausgegeben wird.² Der Förderzeitraum erstreckt sich über die Jahre 2007 bis 2011.

Die zweite Förderlinie der Stiftung dient der nachhaltigen Stärkung der strukturellen Rahmenbedingungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Unmittelbar nach Gründung der DSF beschloss der Stiftungsrat ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, für das unter Inkaufnahme eines zeitweiligen Kapitalverzehr insgesamt fünf Mio. Euro bereit gestellt wurden. Die Vergabe der Mittel wurde in den Jahren 2002 bis 2004 abgeschlossen, weshalb im Rahmen dieses Programms keine weiteren Fördermittel ausgeschrieben werden. Die Struktur- und Nachwuchsförderung setzt sich aus vier Teilprogrammen zusammen. Hierzu zählen zum einen der postgraduale Masterstudiengang „Master of Peace and Security Studies“ an der Universität Hamburg, der in den Jahren 2002 bis 2008 durch die DSF unterstützt wurde, zum anderen die Promotionsförderung mit Betreuungssystem an drei Standorten – Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M., Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Zentrum für Konfliktforschung (CCS) der Universität Marburg, die 2009 endgültig auslaufen wird.

² Hierzu gehören das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen, die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M., und das Bonn International Center for Conversion (BICC).



Im Herbst 2004 nahmen zudem die von der DSF geförderten drei geistes- und sozialwissenschaftlichen Masterstudiengänge im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ihren Studienbetrieb auf. Die Fördermittel wurden an die Universitäten Marburg und Tübingen sowie an die FernUniversität Hagen vergeben.

Der Weiterbildungsstudiengang an der FernUniversität Hagen wurde Ende 2007 auf Beschluss der Hochschulleitung eingestellt. Die Stiftung hat daraufhin ihre Förderung vorzeitig beendet.

Zuletzt vergab die Stiftung im Jahr 2004 die Fördermittel für die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an die Universität Hamburg.

Als zusätzliche Fördermaßnahme im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung beschloss der Stiftungsrat im November 2008 die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt. Damit erhält die naturwissenschaftliche Friedensforschung an Universitäten ein zweites Standbein in Deutschland. Das Vorhaben soll im Jahr 2009 bewilligt werden.

Studiengänge und Stiftungsprofessuren werden durch die DSF im Rahmen einer Initiativförderung unterstützt, die auf fünf Jahre begrenzt und an die Verpflichtung der geförderten Einrichtung gebunden ist, die Projekte nach Ablauf des Förderzeitraums in vollem Umfang weiter zu finanzieren.

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben

In der Forschungsprojektförderung hat die Stiftung drei unterschiedliche Förderbudgets eingerichtet, für die jeweils eigene Verfahren und Fördervolumina festgelegt wurden:

- **Größere Forschungsvorhaben** können mit einer Laufzeit von bis zu 24 Monaten beantragt werden. Der Förderhöchstbetrag lag 2008 wie in den Vorjahren bei 150 Tsd. Euro.³ Anträge auf Projektförderung können zweimal jährlich, zum 1. Juni und 1. Dezember, bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Gefördert werden aus diesen Mitteln vorzugsweise Forschungsvorhaben, in Einzelfällen auch größere Konferenzprojekte. Für die fachliche Bewertung der Forschungsvorhaben holt die Stiftung mindestens zwei unabhängige Fachgutachten ein. Bei Eigenanträgen aus dem Kreis der im Stiftungsrat vertretenen Institutionen oder Personen ist ein obligatorisches Drittgutachten durch den zuständigen Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorgesehen. Die Gutachten bilden die Grundlage für die Bewilligungsentscheidungen des Stiftungsrats der DSF.
- Für die **Förderung von Kleinprojekten** stand 2008 ein Budget in Höhe von 130 Tsd. Euro zur Verfügung. Der Förderhöchstbetrag für Kleinprojekte ist auf 20 Tsd. Euro begrenzt. Gefördert werden aus diesem Budget sowohl kleine Forschungsvorhaben und Pilotstudien, die der Erschließung eines neuen Forschungsfeldes dienen, als auch Tagungen und wissenschaftliche Kolloquien sowie – in begrenztem Umfang – wissenschaftliche Veröffentlichungen. Die Antragstellung ist nicht an feste Termine gebunden. Ein angemessener zeitlicher Vorlauf zum vorgesehenen Durchführungszeitraum ist jedoch erforderlich. Bei Anträgen auf Tagungsförderung ist eine sechsmonatige Antragsfrist einzuhalten. Für die fachliche Beurteilung der eingereichten Anträge wird in der Regel ein externes Fachgutachten ein-

3 Siehe hierzu auch Punkt I.1.3.

geholt. Die Bewilligung der Anträge auf Förderung von Kleinprojekten fällt in die Zuständigkeit des Geschäftsführenden Vorstands der DSF.

Aus dem Budget für Kleinprojekte fördert die Stiftung zudem **Fachzeitschriften**. Mit diesem zusätzlichen Angebot will die Stiftung einen Beitrag sowohl zur nachhaltigen Strukturförderung als auch zur Unterstützung der Fachkultur im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung leisten.

Hierfür können Anträge mit einem Volumen von bis zu zehn Tsd. Euro für einen zweijährigen Förderzeitraum (max. fünf Tsd. Euro pro Jahr) bei der Stiftung eingereicht werden. Für die Antragstellung steht ein gesonderter Leitfaden zur Verfügung.

- Im Jahr 2008 wurde ein neues Förderbudget in Höhe von 10 Tsd. Euro für **Vernetzungsprojekte im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung** eingerichtet. Hiermit übernimmt die Stiftung Förderleistungen, die bisher durch die Ende 2007 aufgelöste „Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)“ erbracht worden waren. Unterstützt werden vor allem wissenschaftliche Kooperationen, die nicht an eine etablierte Forschungseinrichtung angebunden sind.

Im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung fördert die Stiftung auch **internationale Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung**. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung einer deutschen Partnerinstitution, über die die finanzielle Abwicklung des Projektes erfolgt. Sofern das Vorhaben im Ausland stattfindet, können vorzugsweise die anteiligen Projektkosten der inländischen Einrichtung übernommen werden.

1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben

Im Wirtschaftsplan für 2008 hatte die Stiftung Fördermittel für größere Forschungsvorhaben in einem Gesamtumfang von bis zu 810 Tsd. Euro ausgewiesen. Im Rahmen dieser Budgetvorgabe bewilligte die DSF sechs Forschungsvorhaben mit einem Finanzierungsvolumen von rund 835 Tsd. Euro. Für das Berichtsjahr 2008 lag die Förderquote der DSF für größere Projekte bei 40 Prozent.

Zum 1. Juni 2007⁴ gingen bei der Geschäftsstelle sieben Anträge auf Projektförderung mit einem Gesamtvolumen von 1,01 Mio. Euro ein, von denen auf der Grundlage der Gutachten zwei Vorhaben bewilligt werden konnten.

⁴ Bewilligte Vorhaben aus der Antragsrunde zum 1. Juni fallen in der Regel in den Berichtszeitraum des nachfolgenden Jahres.

Im Jahr 2008 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: Juni 2007	
<p>Entschuldigung und Versöhnung in der internationalen Politik Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate April 2008 bis März 2010 Fördersumme: 141.989 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Christopher Daase Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München</p> <p>ProjektbearbeiterInnen: Dr. des. Stefan Engert, Michel-André Horelt, M.A. Judith Renner, M.A. Dr. Renate Strasser</p>
<p>Zwischen Kontrolle und Kooperation - Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate August 2008 bis Juli 2010 Fördersumme: 142.900 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Götz Neuneck Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)</p> <p>Projektbearbeiter: Dr. Oliver Meier</p>

Prof. Dr. Daase und sein Team gehen von der Beobachtung aus, dass öffentliche Entschuldigungen in der internationalen Politik zunehmende Bedeutung erlangt haben. Die Urteile über diese politischen Vorgehensweisen fallen jedoch sehr unterschiedlich aus: Sehen die einen darin einen positiven Trend hin zu einer politisch-moralisch fundierten globalen Erinnerungskultur, kritisieren die anderen die Entschuldigungen als ritualisierte politische Moderserscheinungen. In ihrer Untersuchung gehen die Projektbearbeiter von der These aus, dass politische Entschuldigungen oder ihre Verweigerung Konflikt- und Versöhnungsprozesse beeinflussen. Sie sind mit hohen materiellen und politischen Kosten verbunden, die jedoch im Fall einer dauerhaften Versöhnung nicht unerhebliche Vorteile einbringen können.

Im Verlauf des auf 24 Monate angelegten Forschungsvorhabens werden mehrere Fallstudien durchgeführt um zu analysieren, welche Motivlagen für politische Entschuldigungen oder deren Verweigerung identifiziert werden können. Darüber hinaus soll der Frage nachgegangen werden, wie sich internationale Entschuldigungen auf Konfliktlösungen auswirken und welche konfliktpräventiven Impulse von ihnen ausgehen. Schließlich soll ihre Bedeutung auch mit anderen Sühneformen verglichen werden. Auf der Grundlage der empirischen Untersuchungsergebnisse wird das Projektteam Schlussfolgerungen darüber ziehen, welche Bedeutung politische Entschuldigungen haben und wie mit ihnen sinnvoll in der politischen Praxis umgegangen werden kann. Das Forschungsvorhaben ist dem Förderschwerpunkt „Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten“ zuzuordnen.

Das zweite in dieser Antragsrunde bewilligte Forschungsvorhaben befasst sich mit den praktischen Auswirkungen von Bestimmungen in den globalen Regimen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die den Umgang mit *Dual-use*-Technologien, also von zivil und militärisch nutzbaren Technologieprodukten regeln. Hierbei entsteht in der Praxis ein Widerspruch zwischen den Regelungen zur Kontrolle solcher Technologien und dem Gebot der Kooperation bei ihrer friedlichen Nutzung, wodurch insbesondere die Legitimität der Nonproliferationsregime geschwächt wird. Die Verschärfung der Kontrollregeln infolge transnationaler Terrorismusaktivitäten einerseits und die zunehmende Diffusion proliferationsrelevanter Technologien durch die Globalisierung andererseits haben die Situation in jüngster Zeit zugespitzt. Das Projektteam wird deshalb der Frage nachgehen, welche Auswirkungen das Verhältnis zwischen Kontrolle und Förderung des Technologietransfers auf die Legitimität multilateraler Nichtverbreitungsregime hat. Untersucht wird unter dieser Leitfrage die Staatenpraxis zu den drei Regimen zur Kontrolle von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. In insgesamt sechs Fallstudien wird nach den unterschiedlichen Interessenlagen von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern differenziert um herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Förderung oder die Kontrolle von Technologietransfers die Legitimität von Nichtverbreitungsregimen unterstützt oder beeinträchtigt. Die Befunde des Forschungsvorhabens, das dem Förderschwerpunkt „Rüstungskontrolle und Abrüstung“ der DSF zugerechnet wird, sollen für praxisrelevante Politikempfehlungen aufbereitet werden.

Zum zweiten für das Berichtsjahr 2008 maßgeblichen Einreichungstermin, 1. Dezember 2007, gingen bei der Geschäftsstelle der DSF insgesamt acht Anträge auf Projektförderung ein, die in das Begutachtungsverfahren aufgenommen werden konnten. Das Antragsvolumen betrug rund 1,07 Mio. Euro. Der Stiftungsrat bewilligte vier Vorhaben, die die Förderkriterien der Stiftung hinreichend erfüllten:

<p align="center">Im Jahr 2008 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: Dezember 2007</p>	
<p>Religion und Bürgerkrieg: Zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Dezember 2008 bis November 2010 Fördersumme: 149.050 Euro</p>	<p>Projektleiter: Dr. Mathias Basedau Giga – Institut für Afrika-Studien, Hamburg</p> <p>Projektbearbeiter: Dr. Peter Körner, Johannes Vüllers, M.A.</p>
<p>Bedrohung auf der (Medien-)Agenda - Krisenkommunikation im Nachrichtenprozess Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Oktober 2008 bis September 2010 Fördersumme: 147.400 Euro</p>	<p>ProjektleiterIn: Prof. Dr. Georg Ruhrmann Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Jena Prof. Dr. Michaela Maier Institut für Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik, Universität Koblenz-Landau</p> <p>ProjektbearbeiterInnen: Arne Freya Zillich, M.A., Roland Göbbel, M.A., Dipl.-Sozialwiss. Karin Stengel</p>
<p>Nicht-staatliches Konfliktmanagement. Möglichkeiten und Grenzen von Nichtre- gierungsorganisationen im Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate August 2008 bis Juli 2010 Fördersumme: 148.797 Euro</p>	<p>Projektleiter: Dr. Ulrich Schneckener Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin</p> <p>Projektbearbeiterin: Dr. Claudia Hofmann</p>
<p>'Coping with Spoilers from Within': Die Obstruktion von Friedensoperatio- nen durch politisierte Bürokratien Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate September 2009 bis August 2011 Fördersumme: 115.602 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Julian Junk Sektion Rechts-, Wirtschafts- und Verwal- tungswissenschaft, Universität Konstanz</p> <p>Projektbearbeiter: Frederik Trettin, M.A.</p>



Das Forschungsvorhaben von Dr. Matthias Basedau, GIGA-Institut für Afrika-Studien, Hamburg, ist aus einer von der DSF geförderten Pilotstudie hervorgegangen.⁵ Es untersucht die ambivalenten Haltungen von Religionsgemeinschaften am Beispiel von Gewaltkonflikten im subsaharischen Afrika. Hierbei wird zum einen analysiert, welche Rolle religiöse Ideen, Institutionen und Eliten bei der Eskalation von Gewaltkonflikten spielen, zum anderen unter welchen Bedingungen diese deeskalierend und friedensstiftend wirken können.

Das Projektteam geht von der Annahme aus, dass der Einfluss von Religionsgemeinschaften nur dann angemessen untersucht werden kann, wenn komplexe Ursachengefüge und Wechselbeziehungen zwischen dem Konflikt und religiösen Faktoren berücksichtigt werden, die sich je nach Konfliktphase unterschiedlich auswirken können.

Mit seinem Untersuchungsansatz betritt das Forschungsvorhaben Neuland, da bisher kaum empirische und vergleichende Untersuchungen zum Thema vorliegen. Hierfür werden unterschiedliche Forschungsstrategien miteinander verbunden. Das Projektteam strebt neue Erkenntnisse darüber an, welche Wirkungen religiöse Faktoren auf Gewaltkonflikte haben, welches Gewicht sie haben und wie sie sich im zeitlichen Verlauf verändern. Das Vorhaben wird dem Förderschwerpunkt der „Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten“ zugeordnet.

In einem gemeinsamen Forschungsvorhaben widmen sich die Projektleiter Prof. Dr. Georg Ruhrmann, Universität Jena, und Prof. Dr. Michaela Meier, Universität Koblenz-Landau, der Frage, wie Politik und Medien internationale Krisenentwicklungen beachten, ihnen einen Nachrichtenwert beimessen und wie Fernsehzuschauer solche Prozesse wahrnehmen. Hierfür wird das Wechselspiel zwischen politischen, militärischen und medialen Akteuren im Nachrichtenprozess einer eingehenden Untersuchung unterzogen, um zu verdeutlichen, wie Risikofaktoren von Entscheidungsträgern der Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen und öffentliche Meinungsbildungsprozesse beeinflusst werden.

Veranlassen zunehmend die Medien krisenhafte Zuspitzungen? Wie verhalten sich Politiker medial als Krisenmanager? Unter diesen Leitfragen wird am Beispiel internationaler Krisen und Konflikte, die ein hohes Gewaltpotenzial haben, analysiert, wie sich die Kommunikationsdynamiken phasenspezifisch, insbesondere in der Frühphase, verändern. Das Projektteam bedient sich hierfür einer Forschungsstrategie, bei der verschiedene Methoden der Datenerhebung kombiniert werden. Aus den Befunden des Forschungsvorhabens sollen konkrete Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger in Politik und Medien abgeleitet werden. Darüber hinaus ist eine didaktische Aufbereitung der Erkenntnisse vorgesehen, um sie für Weiterbildungszwecke nutzbar zu machen. Im Hinblick auf die konfliktvorbeugende Zielsetzung zählt das Forschungsvorhaben zum Förderschwerpunkt der „Gewalt- und Krisenprävention“.

Die Erfahrungen von internationalen Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren wie Rebellen, Milizen, *Warlords* oder kriminellen Netzwerken stehen im Zentrum eines Forschungsvorhabens, das von Dr. Ulrich Schneckener, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, geleitet wird. Nicht-staatliche Gewaltakteure haben ein hohes Potenzial, Friedensprozesse oder den (Wieder-)Aufbau von Staatlichkeit empfindlich zu stören oder einen Rückfall in die Gewalt auszulösen. Nichtregierungsorganisationen, die in diesem Umfeld ihre Aktivitäten entfalten, sind gezwungen, mit diesen Akteuren Beziehungen aufzubauen und sich mit ihnen zu arrangieren. Das Vorhaben folgt der Fragestellung, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln es Nichtregierungsorgani-

⁵ Siehe hierzu den Forschungsbericht von Matthias Basedau/Peter Körner: Zur ambivalenten Rolle von Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten. Osnabrück 2009 (Forschung DSF Heft 18).



sationen gelingen kann, ein nicht-staatliches Konfliktmanagement mit den nicht-staatlichen Gewaltakteuren aufzubauen. Hierfür werden sechs international operierende Nichtregierungsorganisationen einer vergleichenden Untersuchung unterzogen. Auf diese Weise sollen auch weiterführende Erkenntnisse dahingehend gewonnen werden, welche Vorteile Nichtregierungsorganisationen gegenüber staatlichen Akteuren haben und wo die Grenzen bzw. die Risiken ihres Handelns liegen. Die Ergebnisse des Vorhabens sollen internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Das Forschungsvorhaben fügt sich in den Förderschwerpunkt „Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten“ ein.

Das Projektteam von Prof. Dr. Wolfgang Seibel und Julian Junk, Universität Konstanz, widmet sich der Forschungsfrage, welche Widersprüche und Konflikte innerhalb des Systems der Vereinten Nationen dazu beitragen, dass VN-geführte Friedensoperationen nicht ihren optimalen Verlauf nehmen oder gar scheitern. Im Rahmen des Vorhabens wird untersucht, welche Strategien und Mechanismen den festgestellten Fällen von Obstruktion zugrunde liegen und welche Gegenmaßnahmen zu beobachten sind. Obstruktive Vorgehensweisen von VN-Mitgliedstaaten bestehen darin, Budgetierungs- und Logistikprozesse zu verlangsamen oder zu blockieren. Als geeignete Fallbeispiele wurden die VN-Missionen in Liberia und im Sudan ausgewählt. Untersucht werden hierbei mit Hilfe verwaltungswissenschaftlicher Ansätze die administrativen Hierarchieebenen der VN-Verwaltung in der Zentrale und in den Friedensoperationen vor Ort. Das Forschungsvorhaben zählt ebenfalls zum Förderschwerpunkt „Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten“.

Im Rahmen der Antragsrunde zum 1. Juni 2008 wurden bei der Geschäftsstelle der Stiftung insgesamt acht neue Forschungsvorhaben eingereicht. Auf seiner Sitzung vom 27. November 2008 stellte der Stiftungsrat für drei Projekte eine Förderung in Aussicht. Die Bewilligungsverfahren werden jedoch erst im Jahr 2009 zum Abschluss kommen.

Im Jahr 2008 laufende und abgeschlossene Forschungsvorhaben

Neben den neu bewilligten Forschungsvorhaben unterstützte die Stiftung im Jahr 2008 folgende in den Vorjahren in die Förderung aufgenommenen Projekte:⁶

Thema	Projektleiter/Institution	Laufzeit
Learning to Build Peace? The United Nations, Peacebuilding and Organizational Learning	Dr. Wolfgang Reinicke Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin	Februar 2007 bis Januar 2009
Strategie, Anarchie oder fehlendes Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen	Prof. Dr. Gerald Schneider, Dr. Margit Busmann Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz	November 2007 bis Januar 2010

⁶ Über 24 Monate hinausgehende Förderzeiträume sind auf kostenneutrale Laufzeitenverlängerungen durch die DSF zurückzuführen.

Thema	Projektleiter/Institution	Laufzeit
Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland	Prof. Dr. Wolfgang Frindte Institut für Psychologie, Universität Jena	August 2007 bis November 2009
Parliamentary Control of the Armed Forces. A Comparative Study of Indonesia and Nigeria	Prof. Dr. Jürgen Rüländ Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg	November 2007 bis Oktober 2009
Tourism, Peace and Conflict. How far does self-interest carry?	Dr. Markus Raueiser Cologne Business School in Kooperation mit Prof. Dr. Laurent Goetschel swisspeace, Bern	Februar 2008 bis Februar 2009
Ansätze, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen von Local Ownership in Peacebuilding-Prozessen in Failed States. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Friedenseinsätze im Kosovo (UNMIK) und in Liberia (UNMIL)	Dr. Winrich Kühne Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin	Januar 2007 bis September 2009
Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien	Dr. Wolfgang Wagner Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.	Juni 2007 bis September 2009

Im Jahr 2008 lief die Förderung von zwei durch die Stiftung geförderten Forschungsvorhaben aus:⁷

Gesellschaftliche und politische Umbrüche nach dem Krieg. Zur Rolle von Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala

Projektleiter: Prof. Dr. Franz Nuscheler, Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF)

Laufzeit: September 2006 bis November 2008

7 Siehe Fußnote 6.

Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten

Projektleiter: Prof. Dr. Volker Lenhart, Institut für Bildungswissenschaft,
Universität Heidelberg

Laufzeit: Februar 2006 bis März 2008

Zusammenfassende Forschungsberichte zu den abgeschlossenen Projekten befinden sich in Vorbereitung. Hinweise auf bereits veröffentlichte Ergebnisse gibt die Internetseite der Stiftung.⁸

1.2. Reihe „Forschung DSF“

In der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ werden die zusammenfassenden Ergebnisberichte aus den geförderten Forschungsvorhaben (Groß- und Kleinprojekte) veröffentlicht. Nach Ende der abschließenden Begutachtung der Projektergebnisse konnten im Jahr 2008 folgende Forschungsberichte veröffentlicht werden:

- Jens Binder/Michael Diehl: Entscheidungen in multilateralen Konflikten. Osnabrück 2008 (Heft 11).
- Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff/Malcolm Dando: A Paradigm Shift in the CBW Proliferation Problem: Devising Effective Restraint on the Evolving Biochemical Threat. Osnabrück 2008 (Heft 12).
- Sabine Klotz: Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina. Osnabrück 2008 (Heft 13).
- Sven Chojnacki: Wandel der Gewaltformen im internationalen System 1946-2006. Osnabrück 2008 (Heft 14).
- Susanne Buckley-Zistel: Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-genocide Rwanda. Osnabrück 2008 (Heft 15).
- Jürgen Altmann: Millimetre Waves, Lasers, Acoustics for Non-Lethal Weapons? Physics Analyses and Inferences. Osnabrück 2008 (Heft 16).

1.3. Erhöhung des Förderhöchstbetrages für Großprojekte

Seit Aufnahme der Fördertätigkeit der DSF galt für die Forschungsprojektförderung ein Förderhöchstbetrag von 150 Tsd. Euro. Hierdurch konnte erreicht werden, dass bei einem begrenzten Budget für die beiden jährlichen Antragstermine hinreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden konnten, um mehrere Projekte in die Förderung aufzunehmen. Damit erhöhten sich auch die Bewilligungschancen für eingereichte Projektanträge.

Auf seiner Sitzung am 27. November 2008 beschloss der Stiftungsrat, den Förderhöchstbetrag auf 175 Tsd. Euro anzuheben, um den gestiegenen Kosten für Personalstellen und Sachleistungen Rechnung zu tragen. Der Stiftung stehen für diese Erhöhung keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Sie müssen aus den jährlich festgelegten Budgets für die Forschungsprojektförderung finanziert werden.

Zum ersten Juni 2009 können erstmalig Anträge mit einem Kostenrahmen von bis zu 175 Tsd. Euro bei der Geschäftsstelle der DSF eingereicht werden.

⁸ <<http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/archiv/projektarten/grossprojekte.html>>.



1.4. Evaluierung der Forschungsprojektförderung

Die durch den Stiftungsrat im April 2007 berufene Kommission zur erstmaligen Evaluierung der Forschungsprojektförderung der DSF legte im September 2008 ihren Bericht vor. In dieser Kommission, die sowohl die Förderpraxis der Stiftung als auch die Ergebnisse der bisher geförderten Forschungsvorhaben einer umfassenden Bewertung unterzog, wirkten folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit:

Prof. Dr. Marie-Janine Calic, LMU München; **Prof. Dr. Jörg Calließ**, TU Braunschweig; **Prof. Dr. Laurent Goetschel**, swisspeace, Bern; **Prof. Dr. Franz Fujara**, TU Darmstadt; **Prof. Dr. Thilo Maruhn**, Universität Gießen

In ihrem Bericht hebt die Kommission hervor, dass sich die Stiftung als Einrichtung der Forschungsförderung in den ersten Jahren ihres Bestehens gut positioniert und eine Vielzahl friedenswissenschaftlich „hervorragend“ profilierter Forschungsvorhaben in die Förderung aufgenommen habe. Die Projekte seien verschiedenen Forschungs- und Diskurszusammenhängen zuzuordnen und spiegeln somit die disziplinäre Breite der Friedens- und Konfliktforschung wider.

Darüber hinaus leitete die Kommission aus ihren Analysen und Bewertungen eine Reihe von Empfehlungen ab, wie die Förderpraxis der Stiftung künftig optimiert werden kann. Die DSF werde nicht umhin kommen, ihre Förderleistungen auch künftig an der Nachfrage zu orientieren, da eine profilierte inhaltliche Ausrichtung „praktisch nicht möglich“ sei. Sie könne jedoch durch eine präzisere Definition ihrer Förderkriterien mehr Einfluss darauf nehmen, wie die Anträge auf Projektförderung ausgestaltet werden. So befürwortet die Kommission eine stärkere Berücksichtigung von Interdisziplinarität und Praxisrelevanz bei den Förderentscheidungen. Des Weiteren plädiert sie für eine Modifizierung des Begutachtungsverfahrens der Stiftung.

In ihrem Bericht stellte die Kommission zugleich fest, dass „eine deutlichere Profilierung als aktiv mitgestaltende Stiftung“ kaum möglich sei, da die Handlungsmöglichkeiten der DSF durch die Begrenztheit der finanziellen Mittel „stark beschränkt“ seien.

Im Oktober 2008 diskutierte der Wissenschaftliche Beirat der DSF die Empfehlungen der Evaluierungskommission und verfasste eine Stellungnahme, die den Stiftungsratsmitgliedern auf der Sitzung im November 2008 vorgestellt wurde. Der Stiftungsrat dankte den Mitgliedern der Kommission für die geleistete Arbeit und für ihre konstruktiven Empfehlungen sowie den Mitgliedern des Beirats für die hilfreichen Kommentare. Er wird sich auf den kommenden Sitzungen damit befassen, wie die Vorschläge der Kommission in die Praxis umgesetzt werden.

1.5. Forschungsinitiativen der DSF

Die Forschungsinitiativen der Stiftung der vergangenen Jahre waren darauf ausgerichtet, neue Forschungsgebiete für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen. Hierbei widmete die Stiftung zwei Themenstellungen besondere Aufmerksamkeit: der Rolle von Religionen und Religionsgemeinschaften in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen und den friedensgefährdenden Folgen des globalen Klimawandels.

Nachdem die DSF in den Jahren 2005 und 2006 erste Anstöße für eine Vernetzung der einschlägig interessierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gegeben hatte, konstituierte sich der „Forschungsverbund Religion und Konflikt“, der federführend von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg betreut



wird.⁹ Aus dem Kreis des Forschungsverbundes sind bereits erste Forschungsvorhaben hervorgegangen, die in die Förderung durch die DSF aufgenommen werden konnten.¹⁰ Die Stiftung bewilligte 2008 Fördermittel für ein erstes größeres Forschungsvorhaben zu „Religion und Bürgerkrieg: Zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika“, das von Dr. Matthias Basedau, GIGA – Institut für Afrika-Studien, Hamburg geleitet wird. Die Ergebnisse der vorangegangenen Pilotstudie sind in der Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht worden.¹¹

Die möglichen Folgen des Klimawandels für das friedliche Zusammenleben der Menschen auf der Erde sind Gegenstand einer intensiv geführten öffentlichen Debatte. Die bisher vorliegenden Untersuchungen und Szenariostudien haben zwar eine Reihe von Gefährdungspotenzialen ausgemacht, notwendig sind nun aber empirische Fallstudien, insbesondere zu den regionalen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der prognostizierten Klimaveränderungen, auf deren Grundlage Schlussfolgerungen über künftige politische Strategien zur Krisen- und Gewaltprävention gezogen werden können.

Um den internationalen Forschungsstand und den weiteren Forschungsbedarf zu den möglichen friedensgefährdenden Auswirkungen des Klimawandels zu erfassen, gab die Stiftung eine Studie in Auftrag, die von Prof. Dr. Helmut Breitmeier, FernUniversität Hagen, ausgearbeitet wurde. Diese Studie wird 2009 in der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht.¹²

Des Weiteren richtete die DSF am 25. April 2008 eine Forschungskonsultation zum Thema „Globaler Klimawandel und neue Gewaltkonflikte“ in der Katholischen Akademie in Berlin aus. Eingeladen waren mehr als 20 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Fachdisziplinen, um die neuesten Erkenntnisse der internationalen Forschung zu diskutieren und Forschungsperspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung aufzuzeigen.¹³ Die Stiftung will damit einen Beitrag leisten, einschlägige Forschungsarbeiten miteinander zu vernetzen und Impulse zur Entwicklung neuer Forschungsvorhaben zu geben.

1.6. Förderung des „Friedensgutachten“



Das seit 1987 jährlich erscheinende „Friedensgutachten“, das gemeinsam von fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstituten – BICC, FEST, HSFK, IFSH und INEF – herausgegeben wird, wird über einen Zeitraum von fünf Jahren (2007 bis 2011) mit einer Gesamtfördersumme von 125 Tsd. Euro durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung gefördert. Es analysiert die aktuellen internationalen Konflikt dynamiken und Friedensprozesse aus friedenswissenschaftlicher Perspektive und gibt Empfehlungen zur deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Für das „Friedensgutachten 2008“ wählten die Herausgeber das Schwerpunktthema „Sicherheit durch Hochrüstung? Machtpolitik und Alternativen“, mit dem die weltweite Aufrüstungsdynamik seit der Jahrtausendwende aufgezeigt

9 Für weitere Informationen siehe <www.religion-und-konflikt.de>. Der Projektverbund wird koordiniert durch Dr. Markus Weingardt, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST e. V., Arbeitsbereich Frieden/Nachhaltige Entwicklung.

10 Siehe hierzu die Hinweise im Jahresbericht 2007 der DSF, S. 18-19.

11 Siehe Fußnote 5.

12 Helmut Breitmeier: Globaler Klimawandel und Gewaltkonflikte. Osnabrück 2009 (Forschung DSF Heft 17).

13 Siehe hierzu Kapitel II.1.

und auf die Erfordernis eines rüstungskontrollpolitischen Neuanfangs hingewiesen wird. Für die deutsche und europäische Außenpolitik stünden Alternativen zur Hochrüstung zur Verfügung, die besser zur Konfliktregelung und politischen Stabilisierung von Krisenregionen eingesetzt werden könnten. Weitere thematische Schwerpunkte des „Friedensgutachten“ bilden die Folgen des Klimawandels und die daraus entstehenden neuen Konfliktrisiken sowie die Probleme für die regionale Sicherheit, die von instabilen autoritären Regimen ausgehen.

Das „Friedensgutachten“ richtet sich sowohl an politische Entscheidungsträger als auch an eine friedens- und sicherheitspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Die Herausgeberinstitute stellen mit der Publikation Expertise zur Verfügung und bringen diese auch in die Politikberatung ein. Das „Friedensgutachten 2008“ wurde federführend vom Bonn International Center for Conversion (BICC) betreut. Es wurde am 3. Juni 2008 auf der Bundespressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und fand ein großes mediales Echo. Die Ergebnisse und Empfehlungen wurden zudem in den Bundestagsausschüssen für Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten und Wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellt. Erstmals wurden die Empfehlungen des „Friedensgutachten“ auch in Brüssel auf einer Veranstaltung der European Security Contact Group präsentiert. Darüber hinaus fanden öffentliche Veranstaltungen und Tagungen statt, um die Analysen und Schlussfolgerungen des „Friedensgutachten“ zur Diskussion zu stellen.¹⁴

1.7. Die Förderung von Kleinprojekten

Wie in den Vorjahren verzeichnete die Stiftung auch 2008 eine große Nachfrage nach Fördermitteln im Rahmen der Kleinprojektförderung. Der Stiftungsrat beschloss deshalb, den im Vorjahr erhöhten Budgetansatz von 130 Tsd. Euro beizubehalten. Insgesamt erhielt die Stiftung 20 Förderanträge, von denen einschließlich des Überhangs aus dem Jahr 2007 (elf Anträge) bis Ende des Berichtsjahres 13 Vorhaben bewilligt werden konnten. Hierzu zählten zwei kleinere Forschungsvorhaben, zehn wissenschaftliche Tagungen und eine wissenschaftliche Publikation. Das Fördervolumen belief sich auf 128 Tsd. Euro.

In die Förderung aufgenommene Forschungsprojekte/Pilotstudien	
<p>Söldneridentitäten. Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak Pilotstudie Laufzeit: September 2008 bis August 2009 Fördersumme: 20.000 Euro</p>	<p>Projektleiter: Dr. Volker Franke Bonn International Center for Conversion (BICC)</p>
<p>Grundzüge der Weltpolitik Lehrbuchprojekt Laufzeit: Januar bis Juli 2008 Fördersumme: 7.472 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Volker Rittberger Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen</p>

¹⁴ Weitere Informationen unter <www.friedensgutachten.de>.

Die Frage der sozialen und demokratischen Kontrolle von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen steht im Zentrum der Pilotstudie „Söldneridentitäten: Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak“. Der Projektleiter Dr. Volker Franke, Bonn International Center for Conversion (BICC), erhebt im Verlauf der Untersuchung empirische Daten zu den Werte- und Normvorstellungen von Angestellten einschlägiger Firmen. Auf der Grundlage von Umfrageergebnissen sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob die sich herausbildende Berufsidentität mit ihren Werte- und Normorientierungen die soziale und demokratische Kontrolle der privaten Firmen eher fördert oder eher beeinträchtigt. Das Vorhaben wird daher die Debatten über den Einsatz privater Militär- und Sicherheitsfirmen, die sich bisher vor allem auf die Frage der funktionalen und politischen Gewaltkontrolle konzentrierten, um einen wichtigen Aspekt erweitern.

Das zweite geförderte Forschungsvorhaben dient der Ausarbeitung eines Lehrbuchs „Weltpolitik im Wandel“, das eine Lücke im Literaturangebot zu Grundfragen der gegenwärtigen internationalen Beziehungen schließen will. Die zentrale Zielsetzung besteht darin, aus friedenswissenschaftlicher Perspektive aufzuzeigen, welche Formen globaler Steuerung (*Global Governance*) geeignet sind, Konflikte effektiv und legitim zu bearbeiten und so dazu beizutragen, dass regelbasierte und dauerhaft friedliche Kooperationsformen den gewaltförmigen Auftrag von Konflikten vermeiden helfen. Das Lehrbuch wird in anschaulicher Weise einen Überblick über den Stand der internationalen Forschung zu Fragen des Wandels weltpolitischer Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen geben. Der voraussichtlich 2009 erscheinende Band¹⁵ richtet sich an ein breites Publikum, insbesondere jedoch auch an die Studierenden der Masterstudiengänge Friedens- und Konfliktforschung.

15 Volker Rittberger/Andreas Kruck/Anne Romund: Grundzüge der Weltpolitik: Theorie und Empirie des Weltregierens. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

<p align="center">Im Jahr 2008 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops</p>	
<p>Rüstungskontrolle und Zwang: Die Folgen des Paradigmenwechsels für die Nichtverbreitungspolitik Wissenschaftliche Tagung 24. und 25. Januar 2008, Berlin Fördersumme: 9.000 Euro</p>	<p>Projektleiter: Dr. Oliver Meier Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Prof. Dr. Christopher Daase Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München</p>
<p>Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt Wissenschaftliche Tagung 22. und 23. Februar 2008, Konstanz Fördersumme: 9.380 Euro</p>	<p>ProjektleiterIn: Prof. Dr. Gerald Schneider, Dr. Margit Bussmann Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz, Prof. Dr. Andreas Hasenclever Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen</p>
<p>Frieden mit dem Unfrieden? Wissensbestände im Wandel AFK-Jahreskolloquium 29. Februar bis 2. März 2008, Leipzig Fördersumme: 14.947 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Peter Schlotter Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK)</p>
<p>XVII. Internationale Amaldi-Konferenz der Akademien der Wissenschaften und der Nationalen Wissenschaftlichen Gesellschaften über wissenschaftliche Fragen der globalen Sicherheit Wissenschaftliche Tagung 14. bis 16. März 2008, Hamburg Fördersumme: 4.500 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Klaus Gottstein Union der Deutschen Akademien der Wissenschaft, Mainz</p>
<p>Erklärungsmuster und Kontrollierbarkeit terroristischer Gewalt Lokale Wurzeln und „Gewaltexport“ aus muslimisch geprägten Ländern Wissenschaftlicher Workshop 10. bis 12. April 2008, Bielefeld Fördersumme: 14.486 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt, Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld</p>

Im Jahr 2008 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Sekundärkonflikte nach militärgestützten humanitären Interventionen Wissenschaftliche Tagung 18. und 19. April 2008, Potsdam Fördersumme: 13.450 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Michael Daxner Institut für Soziologie/Arbeitsstelle Interventionskultur, Universität Oldenburg
Peace through Law: The Role of the United Nations International Law Commission – A Colloquy on the Occasion of its Sixtieth Anniversary Wissenschaftliches Kolloquium 11. Juli 2008, München Fördersumme: 11.300 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Georg Nolte Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Humboldt Universität zu Berlin
Der Schutz von Kindern in Kriegsgebieten Internationales wissenschaftliches Symposium 7. bis 9. November 2008, Hamburg Fördersumme: 15.000 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Gerhard Beestermöller Institut für Theologie und Frieden (ITHF) Hamburg Prof. Dr. Hans J. Gießmann, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) Frank Werner Hamburger Erklärung e.V.
Aufwachsen zwischen Unsicherheit und Hoffnung. Friedenspädagogische Analysen zur Gewalt und aktuelle Handlungsansätze Wissenschaftliche Tagung 18. und 19. November 2008, München Fördersumme: 4.655 Euro	Projektleiterin: Renate Grasse Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. (AGFP), München
Wie kommt das Ende der Gewalt? Auseinandersetzungen mit einem Ansatz theologischer Friedensethik im Anschluss an René Girard Wissenschaftliche Tagung 14. November 2009 Fördersumme: 1.980 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Gerhard Beestermöller Institut für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg

Der Workshop „Rüstungskontrolle und Zwang. Die Folgen des Paradigmenwechsels für die Nichtverbreitungspolitik“ ging von der Beobachtung aus, dass das bisherige Verständnis der Rüstungskontrolle als kooperativer Steuerungsprozess zunehmend von neuen nicht-integrativen Vorgehensweisen abgelöst wird. Unter der Leitung von Dr. Oliver Meier und Prof. Dr. Christopher Daase diskutierten die Teilnehmer über die Auswirkungen und Folgen dieser Entwicklung. Hierbei wurde zum einen das Verhältnis von etablierten Regimen und neuen Ansätzen der „*coercive arms control*“, zum anderen die Stärken und Schwächen solcher Maßnahmen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die DSF förderte die Tagung gemeinsam mit der Fritz Thyssen Stiftung. Die Ergebnisse sollen in einem englischsprachigen Sammelband veröffentlicht werden.

Die Tagung „Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt“ an der Universität Konstanz hatte das Ziel, den internationalen Forschungsstand zu den Ursachen von Bürgerkriegen einer kritischen Reflexion zu unterziehen und über mögliche Synthesen von theoretischen und methodischen Ansätzen zu diskutieren. Die Frage nach den Ursachen innerstaatlicher Gewalt wurde in drei Themenblöcken behandelt, die sich mit der Relevanz sozialer Identitäten, der Bedeutung von Institutionen und Ressourcen und mit der Rolle der Ökonomie befassten. Die Auswahl der Beiträge erfolgte mit der Maßgabe, ein Sonderheft der Fachzeitschrift „Politische Vierteljahresschrift“ zusammenzustellen, das die Projektleiter unter dem Titel der Tagung im Jahr 2009 veröffentlichen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK)



feierte 2008 ihr 40-jähriges Bestehen. Die Eröffnungsrede des Jahreskolloquiums in Leipzig, das ganz im Zeichen dieses Jubiläums stand, hielt die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Edelgard Bulmahn MdB (Foto links).

Für den Geschäftsführenden Vorstand der DSF würdigte Prof. Dr. Volker Rittberger die Arbeit der AFK ausführlich in einem Grußwort.

Der wissenschaftliche Teil der Tagung verfolgte das Anliegen, „eine wissenschaftliche Bilanz der Arbeiten in der deutschsprachigen Friedensforschung zu ziehen und diese einer kritischen Reflexion, Erweiterung und Überprüfung auszusetzen“.

Das Kolloquium reihte sich damit ein in eine Serie von Projekten der AFK, die dem Ziel dienen, über die zukünftigen Forschungsperspektiven der Friedens- und Konfliktforschung nachzudenken. Die Tagung gliederte sich in fünf Panels, auf denen zentrale Forschungsfelder diskutiert wurden: Kriegsursachen, Friedensstrategien und Zivile Konfliktbearbeitung, Gender, Krieg und Frieden, Religion, Gewalt und Frieden sowie Entwicklung und Frieden.



Das 40jährige Bestehen der AFK nutzten verschiedene Generationen von Friedensforschern zum Meinungsaustausch.

Durch ihren Förderbeitrag ermöglichte es die DSF jungen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen an der **17. Internationalen Amaldi-Konferenz** in Hamburg teilnehmen zu können. Ziel der Amaldi-Konferenzen ist es, renommierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den USA, Russland, Europa und China zusammen zu bringen und über Fragen der internationalen Sicherheit und des Friedens zu beraten. Die Sektionen der Konferenz befassten sich u.a. mit der Bedeutung von Regionalkonflikten für Nuklearwaffenprogramme, mit Fragen der nuklearen Proliferation und der Internationalisierung des Brennstoffzyklus, mit der Gefahr des Nuklearterrorismus sowie mit Verifikationsproblemen und neueren Waffentechnologien. Die von der Stiftung unterstützten Nachwuchswissenschaftler übernahmen im Rahmen der Tagung Aufgaben im Bereich der Dokumentation und Berichterstattung. Weitere Informationen unter <http://amaldi2008.desy.de/>.

Der internationale und interdisziplinäre **Forschungsworkshop „Erklärungsmuster und Kontrollierbarkeit terroristischer Gewalt – Lokale Wurzeln und ‚Gewaltexport‘ aus muslimisch geprägten Ländern“** diskutierte die Leitfrage, „ob die gegenwärtigen Erscheinungsformen terroristischer Gewalt als Ausdruck eines zunehmenden und weiterreichenden Verlustes von Kontrolle über Gewalt zu deuten sind.“ Je nach Herkunft der terroristischen Gewalt – lokale Wurzeln oder transnationale Aktivitäten – ergeben sich unterschiedliche Herausforderungen an die jeweiligen Kontrollregime wie Polizei, Justiz und Sicherheitsdienste. Unter der Projektleitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer und Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt leuchteten die Referenten der Tagung die Dimensionen möglicher Kontrollverluste und geeigneter Gegenmaßnahmen aus. Des Weiteren sollte die Tagung dazu beitragen, den aktuellen Terrorismus in einen größeren zeitlichen und politischen Kontext einzuordnen, um besser beurteilen zu können, welche neuen Phänomene zu beobachten sind. Die Forschungsgruppe wird eine weitere Tagung ausrichten und anschließend ihre Ergebnisse veröffentlichen.

Der von Prof. Dr. Michael Daxner, Institut für Soziologie/Arbeitsstelle Interventionskultur der Universität Oldenburg, geleiteten **Tagung „Sekundärkonflikte nach militär-gestützten humanitären Interventionen“** lag die empirische Beobachtung zugrunde, dass in nahezu allen Gesellschaften, die in den letzten Jahrzehnten von militärischen Interventionen betroffen waren, Sekundärkonflikte auftraten, die erheblichen Einfluss darauf hatten, ob internationale Friedensmissionen Erfolg hatten oder vom Scheitern bedroht waren. Die Ursachen und Dynamiken dieser Konflikte wurden bisher kaum von der internationalen Forschung untersucht. Die Tagung setzte sich somit zum Ziel, diese Thematik unter Berücksichtigung soziologischer und anthropologischer Theorieansätze erstmals systematisch zu diskutieren, einschlägig forschende Wissenschaftler zu vernetzen und weiterführende Forschungsperspektiven zu entwickeln. Die Veröffentlichung der Tagungsergebnisse ist in Vorbereitung.

Das 60-jährige Bestehen der *International Law Commission* der Vereinten Nationen (ILC), das im Mai 2009 in Genf feierlich begangen wird, war der Anlass für das wissenschaftliche **Völkerrechtskolloquium „Peace through Law – The Role of the International Law Commission“** in München. Dem Projektleiter, Prof. Dr. Georg Nolte, bot sich die günstige Gelegenheit, einen Großteil der Mitglieder der ILC für eine Teilnahme an der Tagung zu gewinnen. In die drei Themenblöcke – *State Responsibility and Peace*, *The Law of Treaties and Peace* und *International Law of Shared Natural Resources and Peace* – führten jeweils Nachwuchswissenschaftler mit Impulsreferaten ein, die anschließend von den hochrangigen Teilnehmern und Teilnehmerinnen kommentiert wurden. In der Schlussdiskussion wurde ein Resümee über die bisherige Rolle der ILC und ihren Beitrag zum Frieden gezogen. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in einem Tagungsband veröffentlicht.



Das internationale wissenschaftliche **Symposium „Der Schutz von Kindern in Kriegsgebieten“** wurde gemeinsam vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), dem Institut für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg, und der Hamburger Erklärung e. V., einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die ihre Aktivitäten dem Schutz von Zivilisten in Kriegsgebieten, insbesondere von Kindern, widmet,¹⁶ ausgerichtet. Die Tagung richtete sich sowohl an ein Fachpublikum als auch an die Politik und die interessierte Öffentlichkeit. Die Referenten und Referentinnen befassten sich mit dem Wandel der Kriegführung und den Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und die zivilen Infrastrukturen. Sie analysierten die Rolle von Kindern in Gewaltkonflikten, z. B. den Einsatz von Kindersoldaten, und setzten sich mit den schwerwiegenden Folgen von Gewalterfahrungen wie seelischen Traumata auseinander. Ferner wurden rechtliche Aspekte des Schutzes von Kindern erörtert. Des Weiteren diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Grundlage dieser Befunde die Handlungsmöglichkeiten, die sich der Hamburger Erklärung e. V. als zivilgesellschaftlicher Organisation bieten, um ihre Zielsetzungen auf nationaler und internationaler Ebene verwirklichen zu können. Im abschließenden Teil der Tagung wurde der Dialog mit der Politik gesucht.¹⁷

Mit der **Fachtagung „Aufwachsen zwischen Unsicherheit und Hoffnung. Friedenspädagogische Analysen zur Gewalt und aktuelle Handlungsansätze“** griff die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e. V. (AGFP) eine Thematik auf, die in der Wissenschaft und in der öffentlichen Diskussion in den letzten Jahren verstärkt Aufmerksamkeit erhalten hat. Aus einer friedenspädagogischen Perspektive wurden die Ursachen, Ausprägungen und Dynamiken von Jugendgewalt sowohl im innergesellschaftlichen Bereich als auch am Beispiel von akuten Gewaltkonflikten diskutiert. Des Weiteren befasste sich die Tagung mit Praxiserfahrungen und Präventionsmodellen sowie mit Strategien zur Eindämmung von Jugendgewalt, insbesondere durch die Einbindung von friedenspädagogischen Ansätzen in die schulische Bildung. Die Referate und Arbeitsergebnisse sind auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e. V. zugänglich.¹⁸

Die **Tagung des Instituts für Theologie und Frieden (ITHF)** wird sich mit Grundfragen der christlichen Friedensethik befassen. Der Projektleiter, Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, geht von der Feststellung aus, dass in den großen Kirchen zwar ein grundsätzlicher Konsens darüber bestehe, dass Krieg und Gewalt überwunden werden können. Es bestünden jedoch unterschiedliche Ansätze, welcher Weg hierfür beschritten werden könne. Unter Rückgriff auf die Arbeiten zur theologischen Friedensethik von René Girard werden sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung mit den beiden widerstreitenden Paradigmen in der katholischen Kirche „*pax terrena*“ und „*Diastase*“¹⁹ auseinandersetzen. Im Zentrum steht die Frage, ob das Diastase-Modell letztlich nicht dazu führen wird, einem säkular begründeten Frieden eine Absage zu erteilen. Die Tagung richtet sich zum einen an ein Fachpublikum, das sich mit Fragen der Friedensethik befasst, zum andern will sie ein breiteres theologisch interessiertes Publikum ansprechen. Eine Veröffentlichung der Beiträge in einer Publikation ist vorgesehen.

16 Zur Hamburger Erklärung siehe den Beitrag Hans J. Gießmann/Frank Werner: Für ein Verbot von Kriegführung gegen Städte: Die „Hamburger Erklärung“ und der Schutz von Kindern in urbanen Kriegszone. In: S+F Sicherheit und Frieden 27 (2009),1, S. 41-46.

17 Für weitere Informationen zur Hamburger Erklärung siehe <<http://www.hamburg-declaration.org/>>.

18 <<http://www.agfp.de/projekte/friedenspaedagogische-fachtagung/doku.html>>.

19 Das Paradigma der „*pax terrena*“ geht auf Augustinus zurück, der in seiner Schrift „*De Civitate Dei*“ zwischen dem weltlichen und dem himmlischen Frieden differenziert. Die „*pax terrena*“ ist der politische Friede in der Welt, für den die Bürger Verantwortung tragen sollen. Das Modell der „*Diastase*“ bezieht sich auf das Neue Testament und geht von einer Spaltung von Welt und christlicher Gemeinde aus. Kirche erscheint in dieser Vorstellung als positive Gegengesellschaft, deren Aufgabe nicht darin besteht, die Welt gerechter und friedvoller zu machen. Gewalt kann nur durch das Bekenntnis zur Kirche überwunden werden.





Geförderte wissenschaftliche Publikation im Jahr 2008	
Post-Conflict Rebuilding of States Wissenschaftliche Publikation Fördersumme: 2.140 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Volker Epping Fachbereich Rechtswissenschaften, Universität Hannover

In dem von Prof. Dr. Volker Epping, Universität Hannover, und PD Dr. Hans-Joachim Heintze, Universität Bochum, herausgegebenen Band²⁰ sind die Ergebnisse eines von der DSF in den Jahren 2005 bis 2007 geförderten Forschungsprojekts zum Thema „Post-Conflict Rebuilding of States“ zusammengefasst. Die Publikation umfasst vier Fallstudien zu Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Irak und Kosovo, die die empirische Grundlage für eine Auseinandersetzung mit den zentralen völkerrechtlichen Fragestellungen bilden, die bei der Schaffung geordneter Staatlichkeit nach der Beendigung bewaffneter Konflikte entstehen. Hierbei werden erste Ansätze zur Weiterentwicklung des Völkerrechts beleuchtet und Problemfelder identifiziert, die der weiteren Bearbeitung bedürfen.

1.8. Zeitschriftenförderung

Im November 2005 hatte der Stiftungsrat der DSF die Möglichkeit eröffnet, auch Fachzeitschriften der Friedens- und Konfliktforschung fördern zu können. Hierdurch soll die Fachkultur gestärkt und die redaktionelle Betreuung und der Bekanntheitsgrad einschlägiger Fachzeitschriften verbessert werden.

In den Jahren 2007 und 2008 wurden die beiden Fachzeitschriften „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization“ und „Wissenschaft & Frieden“ durch die Stiftung gefördert. Im Berichtsjahr sind folgende Ausgaben der Zeitschriften erschienen:

Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization:



- Frieden durch Staatlichkeit? (Heft 1/2008)
- Rüstungskontrolle im 21. Jahrhundert (Heft 2-3/2008)
- 10 Jahre Rom-Statut – IStGH (Heft 4/2008)

Die Beiträge zur Ausgabe „Frieden durch Staatlichkeit?“ sind aus dem Parlamentarischen Abend hervorgegangen, den die Stiftung am 11. Oktober 2007 in Berlin ausgerichtet hatte.²¹

20 Volker Epping/Hans-Joachim Heintze (Hrsg.): Schaffung geordneter Staatlichkeit nach bewaffneten Konflikten. Köln, München: Carl Heymanns Verlag 2009.
21 Siehe hierzu Jahresbericht 2007, S. 36-38.



W&F Wissenschaft und Frieden:

- Rüstungsdynamik und Renuklearisierung (Heft 1/2008)
- Migration und Flucht (Heft 2/2008)
- Religion als Konfliktfaktor (Heft 3/2008)
- Friedenswissenschaft – Friedensbewegung – Friedenspolitik (Heft 4/2008)



Im November 2008 beschloss der Stiftungsrat, auch die Zeitschrift „S+F Sicherheit und Frieden“ in die Förderung aufzunehmen. Die Zeitschrift wird ab 2009 für einen Zeitraum von zwei Jahren durch die DSF gefördert.

1.9. Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung

Erstmalig bestand im Jahr 2008 die Möglichkeit, Anträge auf Förderung von wissenschaftlichen Kooperationen zu stellen, die nicht an eine etablierte Forschungseinrichtung angebunden sind. Hierfür stand ein Budget in Höhe von 10 Tsd. Euro zur Verfügung. Die Stiftung bewilligte Fördermittel für die folgenden Vorhaben:

Geförderte wissenschaftliche Vernetzungsprojekte im Jahr 2008	
<p>Koordinationstreffen der Anbieter friedenswissenschaftlicher Masterstudiengänge 29. und 30. September 2008 Fördersumme: 3.519 Euro</p>	<p>Projektleiterinnen: Prof. Dr. Tanja Brühl Universität Frankfurt a. M. Dr. Patricia Schneider Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)</p>
<p>Jahrestagung 2008 des Arbeitskreises „Abrüstung und Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen“ 24. November 2008 Fördersumme: 5.451 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Harald Müller Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.</p>

Der Arbeitskreis Curriculum der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (AFK) verfolgt die Zielsetzung, die mit der Organisation und curricularen Entwicklung von friedenswissenschaftlichen Masterstudiengängen befassten Lehrenden miteinander zu vernetzen und die Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Studienangebote zu

intensivieren. Die Tagungen des Arbeitskreises sind ein wichtiges Forum, um positive und negative Erfahrungen auszutauschen, Evaluierungsergebnisse zu diskutieren und die Studiengangmodelle stärker zu profilieren. Aufgabe des Koordinationstreffens in Frankfurt a. M. war es zudem, eine „AbsolventInnen-Befragung“ vorzubereiten und eine gemeinsame Darstellung der Studiengänge im Internet oder in einer Broschüre zu erörtern.

Der Arbeitskreis „Abrüstung und Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen“ vernetzt Wissenschaftler und Praktiker aus Forschung, Regierung und Parlament, internationalen Organisationen, Industrie und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Fragen der Chemie- und Biowaffenkontrolle befassen. Die Jahrestagung 2008 in Berlin setzte sich mit aktuellen Themen der chemischen und biologischen Sicherheit auseinander, insbesondere auch mit den Missbrauchsmöglichkeiten von Ergebnissen der neueren biologischen Forschung. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der 2. Überprüfungskonferenz des Chemiewaffenübereinkommens vom April 2008 vorgestellt und über Themen diskutiert, die bei künftigen Überprüfungskonferenzen angeschnitten werden müssten.

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

Das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung war in der Gründungsphase der Stiftung entwickelt und auf der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates im April 2001 in seinen Grundzügen beschlossen worden. In den darauf folgenden Jahren verwirklichte die Stiftung die insgesamt vier Teilprogramme, für die Fördermittel in einer Gesamthöhe von rund fünf Mio. Euro zur Verfügung standen. Zuletzt wurde im Jahr 2006 die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg mit Unterstützung der DSF eingerichtet.

2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg

Die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ wird durch die DSF über einen Zeitraum von fünf Jahren mit insgesamt 1,25 Mio. Euro gefördert. Die Stiftungsprofessur ist Kernbestandteil eines gleichnamigen Zentrums an der Universität Hamburg. Seit März 2006 ist Prof. Dr. Martin Kalinowski Inhaber des Lehrstuhls. Nach Auslaufen der Förderung durch die Stiftung im Jahr 2011 wird die Finanzierung der Professur und ihrer Ausstattung in vollem Umfang durch die Universität Hamburg übernommen. Die DSF ist mit einem Sitz im Kuratorium des Zentrums vertreten.

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung verbindet mit der Einrichtung der Stiftungsprofessur die Zielsetzung, die naturwissenschaftliche Friedensforschung dauerhaft an einer deutschen Universität zu verankern. Das Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) ermöglicht fächerübergreifende Kooperationsmöglichkeiten für Forschungsvorhaben im Bereich der natur- und sozialwissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Hamburg. Durch die Entwicklung von Lehrmodulen, die in bestehende Studiengänge integriert wurden, konnte die naturwissenschaftliche Friedensforschung fest in der Lehre verankert werden. Dass dieses zusätzliche Angebot auf eine positive Resonanz stieß, spiegelt sich darin wieder, dass es Prof. Kalinowski gelungen ist, zahlreiche Studierende dafür zu gewinnen, ihre Qualifizierungsarbeiten zu einschlägigen Themen zu verfassen.

Die Forschungsschwerpunkte des ZNF liegen im Bereich der biologischen und nuklearen Rüstungskontrolle.²² Darüber hinaus richtet das ZNF regelmäßig Vortragsveranstaltungen und Kolloquien zu Themen der Rüstungsdynamik, Rüstungskontrolle und zur Entwicklung von Verifikationsverfahren für internationale Abkommen aus. Im Jahr 2008 baute das ZNF seine Forschungsk Kooperationen gezielt aus. So übernahm es z. B. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) die Leitung des Arbeitsbereiches „Sicherheitspolitische Folgen des Klimawandels“ im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) an der Universität Hamburg geförderten Exzellenzclusters „*Integrated Climate System Analysis and Prediction*“. Die Kooperation mit der internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) sowie mit anderen nationalen und internationalen Rüstungskontrolleinrichtungen wurde intensiviert.

Prof. Kalinowski legte 2008 seinen ersten Jahresbericht vor, der einen Überblick über die institutionelle Entwicklung des Lehrstuhls und des Zentrums gibt. Zudem stellt er die laufenden Forschungsprojekte und -kooperationen sowie die Aktivitäten in Ausbildung und Lehre ausführlich vor.²³

2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Promotionsförderung der Stiftung wurde bereits im Herbst 2002 an drei Standorten eingerichtet. Die DSF stellte dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M. und dem Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg jeweils acht zweijährige Promotionsstipendien mit Sachausstattung zur Verfügung, die in eigener Entscheidungsbefugnis zur Stärkung der Forschungsschwerpunkte vergeben werden konnten. Im Gegenzug verpflichteten sich die geförderten Einrichtungen zur Einrichtung eines Betreuungssystems, das es den Stipendiaten und Stipendiatinnen ermöglichen soll, ihre Forschungsarbeiten unter fachkundiger Betreuung durchzuführen und zugleich zusätzliche berufsqualifizierende Kompetenzen zu erwerben. Hierdurch sollen nicht nur besonders günstige Rahmenbedingungen für Promotionen, sondern auch verbesserte Voraussetzungen für einen anschließenden Berufseinstieg geschaffen werden.

Die Promotionsförderung am IFSH und am Zentrum für Konfliktforschung wurde bereits abgeschlossen.²⁴ Gefördert wurden 2008 noch die folgenden zwei Dissertationsvorhaben an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.:

- **Carsten Rauch**
Die Rüstungskontrollpolitik von China und Indien seit 1990
- **Andreas Schmidt**
Der Einfluss völkerrechtlicher Normen auf den Einsatz militärischer Gewalt in Demokratien: Eine Analyse der Rechtskultur Indiens und Kanadas im Vorfeld des Irak-Krieges 2003

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist ein in der Satzung verankerter Auftrag der Stiftung. Aufgrund des bevorstehenden Auslaufens der Promotionsförderung setzte der Stiftungsrat eine Kommission ein, um Vorschläge für eine eventuelle Fortsetzung des Programms auszuarbeiten. Die Kommissionsmitglieder Dr. Martina Fischer und Prof. Dr. Harald Müller legten im Frühjahr 2008 dem Stiftungsrat die Ergebnisse ihrer Bera-

22 Seit 2007 ist die Forschungsstelle Biowaffen an der Universität Hamburg in das ZNF integriert.

23 Für Informationen zum ZNF siehe <<http://www.znf.uni-hamburg.de>>.

24 Informationen zu den aus der Promotionsförderung hervorgegangenen Veröffentlichungen gibt die Internetseite der DSF <<http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/strukturfoerderung/promotion.html>>.

tungen vor, die auf eine grundsätzlich positive Resonanz stießen. Die Stiftung sah sich jedoch gezwungen, die weiteren Planungen für eine Fortsetzung der Promotionsförderung auszusetzen, da aufgrund der Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der zu geringen Kapitalbasis derzeit die finanziellen Handlungsspielräume fehlen.

Im Berichtsjahr sind aus der Promotionsförderung folgende Dissertationen als Buchveröffentlichung erschienen:

- **Claudia Baumgart-Ochse:** Demokratie und Gewalt im Heiligen Land. Politisierte Religion in Israel und das Scheitern des Osloer Friedensprozesses. Baden-Baden: NOMOS 2008 (Studien der HSFK Band 2).
- **Heiko Fürst:** Europäische Außenpolitik zwischen Nation und Union. Die Konstruktion des polnischen, rumänischen und ungarischen Diskurse zur GASP. Baden-Baden: NOMOS 2008 (Demokratie, Sicherheit, Frieden Band 185).
- **Jan Stupl:** Untersuchung der Wechselwirkung von Laserstrahlen mit Strukturelementen von Raumflugkörpern. München: Dr. Hut 2008.
- **Jonas Wolff:** Turbulente Stabilität. Die Demokratie in Südamerika diesseits ferner Ideale. Baden-Baden: NOMOS 2008 (Studien der HSFK Band 1).

2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“

Der postgraduale Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“, der von einem Kooperationsverbund deutscher Friedensforschungsinstitute (KoFries) getragen und von der Universität Hamburg zertifiziert wird, wurde in den Jahren 2002 bis 2008 durch die DSF gefördert. Er wird federführend vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) betreut.²⁵

Das einjährige Aufbaustudienprogramm richtet sich an Hochschulabsolventen sowie an Personen, die bereits über einschlägige Berufserfahrungen verfügen. Das Studium ist durch interdisziplinäre und praxisrelevante Lehrinhalte gekennzeichnet und orientiert sich an einschlägigen Berufsfeldern.

Die Stiftung bewilligte für die Initiativförderung des Studiengangs eine Gesamtsumme in Höhe von 1,2 Mio. Euro. Die Fördermittel wurden insbesondere für die Finanzierung von Studienstipendien verwendet. Darüber hinaus standen Gelder für Personal- und Sachausstattungen zur Verfügung.

Mit dem Studienjahr 2007/08 lief die Förderung durch die DSF aus. Das Studienangebot wird nun unter Rückgriff auf lokale Ressourcen bzw. mit Unterstützung der Universität Hamburg fortgeführt. Der Masterstudiengang erlangte in den ersten Jahren seines Bestehens eine gute Reputation, so dass durch den Wegfall der von der DSF finanzierten Stipendien kein Einbruch bei den Bewerberzahlen zu verzeichnen war.

Aus Anlass der feierlichen Übergabe der Zeugnisse an die 27 Absolventen und Absolventinnen des Studienjahres 2007/08 und der Begrüßung der Studierenden des neuen Studienjahres hielt der Stiftungsvorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, in Anwesenheit der Universitätspräsidentin, Frau Prof. Dr. Monika Auweter-Kurtz, und der Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Dr. Herlind Gundelach, einen Festvortrag über das Thema „Auf dem Weg zum nachhaltigen Frieden? Aufgaben der Friedensforschung zu Beginn

²⁵ Nähere Informationen unter <http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps_info.htm>.

des 21. Jahrhunderts“.²⁶ Hierin hob er rückblickend hervor, dass die Unterstützung des postgradualen Masterstudiengangs „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ förderpolitisches Neuland für die DSF gewesen sei. Es sei deshalb für die Stiftung höchst erfreulich, dass sich das organisatorische Modell des Kooperationsverbundes als tragfähig erwiesen und das Studienangebot eine hohe Attraktivität erlangt habe. Dieser Erfolg sei auf das außerordentliche Engagement der Lehrenden und der Studiengangleitung zurückzuführen. Somit bestünden günstige Aussichten, dass der Masterstudiengang auch ohne die Förderung durch die DSF dauerhaft Bestand haben werde. Im zweiten Teil seines Festvortrags wandte sich der Stiftungsvorsitzende der Frage zu, was unter dem Begriff des „nachhaltigen Friedens“ zu verstehen ist und welche Herausforderungen für die Friedens- und Konfliktforschung hiermit verbunden sind. Er benannte exemplarisch vier Themenfelder, die eine besondere Aufmerksamkeit verdienen: die Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen, der Wieder- und Neuaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten, die Notwendigkeit einer aktiven Abrüstungspolitik und präventiven Rüstungskontrolle sowie die Klimawandelfolgen und ihre Risiken für neue Gewaltkonflikte. Die Friedens- und Konfliktforschung habe zudem die Aufgabe, so Prof. Rittberger, ihre Befunde für die friedenspolitische Praxis und für interessierte Öffentlichkeiten nutzbar zu machen. Der Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ bilde eine Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis. Er biete deshalb hervorragende Voraussetzungen für die Ausbildung wissenschaftlicher Fachkräfte, die für eine Umsetzung nachhaltiger Friedensstrategien benötigt werden.

2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Masterstudiengänge

Mit ihrer Förderinitiative zur Einrichtung von Masterstudiengängen für Friedens- und Konfliktforschung gab die DSF wichtige Impulse, die dazu führten, dass heute an mehreren deutschen Universitäten einschlägige Studienangebote dauerhaft verankert sind. Hierdurch haben sich zum einen die Möglichkeiten für die qualifizierte Ausbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte deutlich verbessert, zum anderen erschließen sich den Absolventen und Absolventinnen der Studiengänge – nicht zuletzt aufgrund der in die Lehr- und Lernprogramme integrierten Praxiselemente – Berufsfelder in internationalen Organisationen, in der Entwicklungszusammenarbeit und in Friedensdiensten.

Im Rahmen des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung nahm die Stiftung drei geistes- und sozialwissenschaftlich ausgerichtete Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung in die Förderung auf, die jeweils im Wintersemester 2004/05 ihre Lehrtätigkeit aufnahmen:

- Master in Peace Studies, FernUniversität Hagen
- Master Friedens- und Konfliktforschung, Universität Marburg
- Master Friedensforschung und Internationale Politik, Universität Tübingen

Die Initiativförderung der Stiftung erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Anschließend werden die Studiengänge durch die geförderten Universitäten weiterfinanziert. Insgesamt werden hierfür Fördermittel in einer Höhe von 1,67 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderung umfasst Mittel sowohl für Personal- als auch für Sachkosten. In diesem Kontext finanziert die DSF am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen eine C3-Stiftungsprofessur für Friedens- und Konfliktforschung, auf die Prof. Dr.

²⁶ Siehe Volker Rittberger: Auf dem Weg zum nachhaltigen Frieden? Aufgaben der Friedensforschung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: S+F Sicherheit und Frieden 27 (2009), 1, S. 47-54.

Andreas Hasenclever berufen wurde. An der Universität Marburg förderte die Stiftung anfangs eine Juniorprofessur für Friedens- und Konfliktforschung, die im April 2008 im Rahmen von Berufungsverhandlungen in eine W3-Professur umgewandelt wurde. Inhaber des neuen Lehrstuhls am Zentrum für Konfliktforschung ist Prof. Dr. Thorsten Bonacker.

Das Weiterbildungsprogramm „Peace Studies“ an der FernUniversität Hagen wurde auf Beschluss der verantwortlichen Hochschulgremien Ende 2007 eingestellt. Die Stiftung beendete ihre Förderung deshalb vorzeitig.

Die Studienplätze in den von der DSF geförderten Studiengängen waren auch im Jahr 2008 stark nachgefragt. Nach Abschluss des Zulassungsverfahrens mit weit über 100 Bewerbungen schrieben sich an der Universität Marburg 41, an der Universität Tübingen 17 Studierende aus dem In- und Ausland ein.

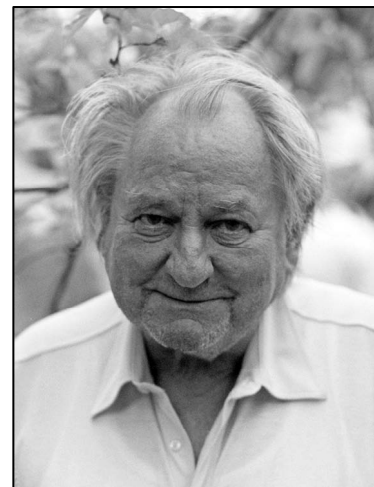
Der Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ an der Universität Tübingen wurde 2008 begleitend zum Akkreditierungsverfahren durch die Agentur ACQUIN einer Zwischenevaluierung durch die DSF unterzogen. In seinem Evaluierungsbericht stellte der von der DSF beauftragte Gutachter, Prof. Dr. Jürgen Rüländ, Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg, dem Masterstudiengang ein ausgezeichnetes Testat aus. Es handle sich um einen „in Zielsetzung, Konzeption und Durchführung in sich stimmigen, überzeugenden und für die Studierenden attraktiven Studiengang mit günstigen Berufsaussichten“.

2.5. Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt

In Ergänzung zum ursprünglichen Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung beschloss der Stiftungsrat der DSF im November 2008, die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt mit einem Förderbetrag in Höhe von 250 Tsd. Euro zu unterstützen. Die Initiativeförderung erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Anschließend übernimmt die TU Darmstadt die Finanzierung in vollem Umfang.

Die Verwirklichung dieses lange geplanten Vorhabens war möglich geworden, nachdem die Berghof Stiftung für Konfliktforschung für eine Beteiligung an der Finanzierung der Stiftungsprofessur gewonnen werden konnte. Sie bewilligte ebenfalls einen Förderbetrag in Höhe von 250 Tsd. Euro. Darüber hinaus leistet die TU Darmstadt einen Eigenbeitrag von 300 Tsd. Euro zur Finanzierung der Professur in den ersten fünf Jahren.

Die Stiftungsprofessur trägt den Namen des Naturwissenschaftlers und Philanthropen Prof. Dr. Georg Zundel (1931-2007), der 1971 die Berghof Stiftung für Konfliktforschung, die bedeutendste private Fördereinrichtung für die deutsche Friedens- und Konfliktforschung, gründete. Mit der Namensgebung verbindet sich somit eine Würdigung des Lebenswerkes von Prof. Dr. Georg Zundel.²⁷



Prof. Dr. Georg Zundel

²⁷ Für Informationen zur Berghofstiftung für Konfliktforschung und zu Georg Zundel siehe <www.berghof-foundation.de>.

Mit der Einrichtung dieser Stiftungsprofessur erhält die naturwissenschaftliche Friedensforschung ein zweites Standbein an deutschen Universitäten. Die Besetzung der Professur soll komplementär zur Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur an der Universität Hamburg erfolgen. Es sollen vorrangig ausgewiesene Fachwissenschaftler und Fachwissenschaftlerinnen aus den Disziplinen der Biologie und Chemie angesprochen werden. Die internationale Ausschreibung wird jedoch auch offen sein für Bewerbungen aus anderen naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen, insbesondere der Physik. Das Verfahren zur Bewilligung der Fördermittel an die TU Darmstadt wird im Laufe des Jahres 2009 zum Abschluss kommen.

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, die aus den geförderten Projekten hervorgegangenen Befunde und Erkenntnisse in die politische Praxis und Öffentlichkeit zu vermitteln. Sie unterstützt den Transferprozess durch eigene Veranstaltungen wie Fachgespräche und Fachkonferenzen, die gemeinsam mit geeigneten Kooperationspartnern vorbereitet werden. Hierzu zählt insbesondere der jährlich stattfindende „Parlamentarische Abend“ der Stiftung für die Abgeordneten und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages in Berlin, der sich bereits als feste Institution etabliert hat. Darüber hinaus zielen die stiftungseigenen Veranstaltungen darauf ab, Forschungsaktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen und neue Forschungsgebiete zu erschließen. Schließlich führt die Stiftung auch Veranstaltungen durch, die ein breiteres Fachpublikum bzw. die interessierte Öffentlichkeit über Problemstellungen und Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung informieren.

1. Forschungskonsultation „Globaler Klimawandel und neue Gewaltkonflikte“

Im Rahmen ihrer Forschungsinitiative zum Thema „Globaler Klimawandel und neue Gewaltkonflikte“ richtete die DSF am 25. April 2005 in der Katholischen Akademie in Berlin eine eintägige Forschungskonsultation aus. Auf der Grundlage des internationalen Forschungsstandes diskutierten mehr als 20 Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, welche Forschungsdesiderate aus Sicht der Friedens- und Konfliktforschung bestehen, um verlässlichere Aussagen über die friedensgefährdenden Folgen des Klimawandels machen zu können und Konzepte für eine Politik der Gewalt- und Krisenprävention sowie soziale und wirtschaftliche Anpassungsstrategien zu entwickeln.

In seiner Einführung hob der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, hervor, dass die potenziell friedens- und sicherheitsgefährdenden Folgen des Klimawandels inzwischen Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte und ein wichtiges Thema für die Vereinten Nationen geworden seien. Letztendlich diskutierten jedoch alle Memoranden und Berichte nur die Plausibilität von Szenarien zu den Klimawandelfolgen, ohne auf verlässliche empirische Daten und Untersuchungen zu Ursachenzusammenhängen zurückgreifen zu können. Darüber hinaus stehe die Friedens- und Konfliktforschung vor der methodischen Herausforderung, dass sich die erforderlichen Untersuchungen mit prognostizierten Entwicklungsprozessen befassen müssten, die weit in die Zukunft reichten. Die Stiftung erhoffe sich von dieser Forschungskonsultation, dass der Thematik künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde und dass eine stärkere interdisziplinäre Kooperation ermöglicht würde.

Den einführenden Vortrag über „Klimawandel und Sicherheit“ hielt Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn. Hierin hob er hervor, dass die Folgen des Klimawandels vor allem nationale und internationale Verteilungskonflikte auslösen könnten, die bestehende Probleme wie fragile Staatlichkeit und die Erosion sozialer Ordnungen verschärften. Es bestehe deshalb das Risiko, dass der Klimawandel gerade in den am stärksten betroffenen Regionen eine destabilisierende Wirkung für Frieden und Sicherheit entfalten werde. Die internationalen Governance-Systeme in ihrer heutigen Form seien nicht in der Lage, diese Herausforderungen zu bewältigen. Es bestehe ein großer Bedarf an interdisziplinären Forschungen insbesondere im Hinblick auf die regionalen Auswirkungen des Klimawandels, auf die Vulnerabilität verschiedener Gesellschaften, auf die Folgen verstärkter Migrationsbewegungen, auf Frühwarnsysteme und präventive

Strategien zur Stabilisierung fragiler Staaten sowie auf die Leistungsfähigkeit und Organisation internationaler Governance-Strukturen.

Alexander Carius, adelphi research Berlin, widmete seinen Beitrag der Frage, welche Auswirkungen des Klimawandels die Entstehung von Gewaltkonflikten befördern könnten und welche regionalen Schwerpunkte sich nach heutigem Stand der Forschung identifizieren lassen. Auch er plädierte für eine verstärkte übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Forschungsdisziplinen, um der Komplexität der Verbindung von Klimawandelfolgen und Gewaltkonflikten gerecht werden zu können. Wichtige Forschungsdesiderate bestünden bei regionalen Fallstudien, insbesondere zu Megastädten und Küstenregionen, zur Dynamik von Migrationsbewegungen sowie zu Anpassungs- und Präventionsstrategien.

Einen kritischen Blick auf die Konfliktszenarien in Verbindung mit dem Klimawandel warf Prof. Dr. Nils Petter Gleditsch, Peace Research Institute Oslo (PRIO). Der aktuelle Forschungsstand lasse noch zu viele Fragen offen, so dass keine voreiligen Schlussfolgerungen über ursächliche Zusammenhänge zwischen den Folgen des Klimawandels und dem Entstehen neuer Gewaltkonflikte gezogen werden könnten. Die bisher vorliegenden Studien zum Klimawandel stützten sich, wenn sie die friedens- und sicherheitspolitischen Folgen aufzeigten, auf eine schwache empirische Beweisgrundlage. Das heiße nicht, so Prof. Gleditsch, dass der Klimawandel und seine Folgen kein wichtiges Thema für die Friedens- und Konfliktforschung seien. Es sei vielmehr an der Zeit, verstärkte Forschungsanstrengungen zu unternehmen, um potenziell friedensgefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können.

Im vierten Impulsreferat warnte auch Prof. Dr. Michael Brzoska, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), vor der voreiligen Schlussfolgerung, der fortschreitende Klimawandel führe zwangsläufig zu mehr Gewaltkonflikten. Verteilungskonflikte über knappe Ressourcen mündeten häufig nur in Verbindung mit anderen Konflikttreibern wie ethnischen oder religiösen Spannungen in Gewalt. Wichtig sei zudem die Funktionsfähigkeit von Konfliktbearbeitungsinstanzen in der jeweiligen Situation bzw. die Gewaltbereitschaft der beteiligten Akteure. Im Weiteren analysierte Prof. Brzoska die in der Forschung entwickelten Ansätze zur Gewaltprävention, die für die Konfliktbearbeitung nutzbar gemacht werden können. Darüber hinaus gebe es Beispiele dafür, dass Ressourcenknappheit zu friedensfördernden Anpassungs- und institutionellen Steuerungsmechanismen führe, die einen gewaltsamen Konfliktaustrag verhinderten. Die einschlägigen Forschungen befänden sich jedoch noch in einem frühen Stadium. Insofern eröffne sich für die Friedens- und Konfliktforschung ein weites Feld von Forschungsaufgaben mit einer grundsätzlichen Bedeutung für die politische Praxis.

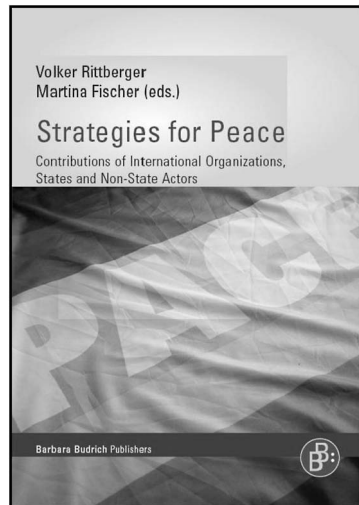
2. Veröffentlichung des Tagungsbandes „Strategies for Peace“

Im April 2006 richtete die Deutsche Stiftung Friedensforschung aus Anlass ihres fünfjährigen Bestehens das internationale Symposium „Strategies for Peace. Contributions of International Organizations, States, and Non-State Actors“ in der Friedensstadt Osnabrück aus.²⁸ Die Beiträge des Symposiums erschienen 2008 unter der Herausgeberschaft von Prof. Dr. Volker Rittberger und Dr. Martina Fischer in einer englischsprachigen Publikation im Verlag Barbara Budrich.²⁹

28 Siehe hierzu Jahresbericht 2006, S. 10-12.

29 Volker Rittberger/Martina Fischer (eds.): Strategies for Peace. Contributions of International Organizations, States, and Non-State Actors. Opladen and Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers 2008.

Die Autoren und Autorinnen analysieren die unterschiedlichen Friedensstrategien, die sich im Kontext verstärkter Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet haben, um Gewaltkonflikte einzuhegen und eine dauerhafte Friedenskonsolidierung zu erreichen. Als Träger von Friedensstrategien werden internationale Organisationen, Staaten und nicht-staatliche Akteure identifiziert. Der erste Abschnitt des Bandes widmet sich den globalen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit und diskutiert die Leitmotive und Programme der internationalen Friedenspolitik. Hierin werden der Strukturwandel in der internationalen Politik hin zu einer „Nach-Westfälischen Ordnung“ ebenso erörtert wie das Konzept des „*Liberal Peace*“ und die Frage nach der quantitativen Entwicklung von Gewaltkonflikten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die Beiträge des zweiten Abschnitts richten das Augenmerk auf die Erfolge und Defizite von Friedensmissionen inter- und supranationaler Organisationen. Als Beispiele werden die Vereinten Nationen, die Europäische Union und regionale Organisationen in Afrika herangezogen. Im dritten Abschnitt werden Staaten und nichtstaatliche Organisationen als friedensstiftende Akteure einer ein-



gehenden Untersuchung unterzogen. Die Beiträge diskutieren die Rolle hegemonialer Staaten wie der USA für die Friedenssicherung, das Problem der fragilen Staatlichkeit für Frieden und Stabilität sowie die Stärken und Schwächen von Nichtregierungsorganisationen bei friedensbauenden Maßnahmen. Im letzten Abschnitt werden grundlegende Querschnittsaufgaben angesprochen, die sich ergeben, wenn nach der Beendigung von Gewaltkonflikten eine dauerhafte Friedensordnung errichtet werden soll. Hierzu zählen sowohl Versöhnungsprozesse in kriegszerrütteten Gesellschaften als auch das Problem von *local ownership* und Koordination der Hilfsleistungen im Rahmen multilateraler Friedensmissionen.

3. „Parlamentarischer Abend“ 2008 zur Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik

Der nunmehr vierte „Parlamentarische Abend“ der Deutschen Stiftung Friedensforschung fand am 25. September 2008 in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin statt. Mit dem Thema „Wie lässt sich die globale Aufrüstungsdynamik umkehren? Handlungsoptionen für eine friedenssichernde Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik“ knüpfte die DSF an frühere Veranstaltungen an, die ähnlichen Themenstellungen gewidmet waren.³⁰ Dr. Uschi Eid eröffnete als Schirmherrin den „Parlamentarischen Abend“ und begrüßte die zahlreich erschienenen Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, hob in seiner Einführung hervor, dass seit Beginn des 21. Jahrhunderts – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – eine beispiellose internationale Aufrüstungsdynamik festzustellen sei. Gleichzeitig befänden sich die multilateralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime in einer tiefen Krise. Hiermit verbänden sich weitreichende Risiken für Sicherheit und Frieden in der Welt. Eine vorausschauende Politik der Abrüstung und der Rüstungskontrolle sei deshalb ein unverzichtba-

30 So z.B. das in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt ausgerichtete 16. Forum Globale Fragen „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung“ (5.-6. März 2007 in Berlin). Siehe hierzu Jahresbericht 2007, S. 35-36.

res Instrument, um die internationalen Beziehungen auf Dauer friedlich gestalten zu können. Nach jahrelanger Blockade zeichneten sich am Horizont die ersten Signale für neue politische Handlungsspielräume ab. Hierauf müsse die deutsche und europäische Politik vorbereitet sein, um mit mutigen Initiativen neue Verhandlungsprozesse anzuschließen. Der „Parlamentarische Abend“ der DSF diene dazu, den vorrangigen Handlungsbedarf zu identifizieren und Wege aufzuzeigen, wie eine künftige friedensichernde Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik gestaltet werden kann. Die Friedens- und Konfliktforschung könne mit ihrer Expertise einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte leisten. Die Stiftung verwende einen nicht unerheblichen Teil ihrer Fördermittel für einschlägige Forschungsvorhaben und habe mit der Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker Stiftungsprofessur an der Universität Hamburg dazu beigetragen, die naturwissenschaftliche Friedensforschung, die sich intensiv mit Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle auseinandersetzt, erstmals an einer deutschen Universität institutionell zu verankern.

Die Moderatorin des „Parlamentarischen Abends“, Frau Dr. Constanze Stelzenmüller, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der DSF, gab anschließend das Wort an die Referenten der Stiftung weiter. Prof. Dr. Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), zog eine ernüchternde Bilanz der Präsidentschaft von George W. Bush. Dieser habe die „regelgeleitete, kooperative Sicherheit in ein Koma versetzt“. Die weltpolitischen Entwicklungen machten jedoch die Wiederbelebung von kooperativen Formen der Sicherheitspolitik unverzichtbar. Angesichts wachsender Zerstörungskapazitäten seien mutige Schritte erforderlich, um eine tragfähige multilaterale Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Diese neuen *Governance*-Systeme müssten neben Staaten auch internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen einbeziehen, da der Nationalstaat alleine die Probleme nicht mehr lösen könne. Nach dem Machtwechsel in den Vereinigten Staaten gebe es viel versprechende Hinweise auf einen Richtungswechsel, den es von deutscher und europäischer Seite durch eigene Initiativen zu unterstützen gelte.

Im zweiten Impulsreferat des Abends erläuterte Prof. Dr. Martin Kalinowski, Inhaber der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg, am Beispiel der Nuklearwaffenkontrollregime die Möglichkeiten und Instrumente für eine effektive Verifikation der Vertragswerke. Er machte deutlich, dass es zwar Bereiche gebe, z. B. der Nuklearterrorismus wie auch die illegale Proliferation von technischem Gerät und Wissen (Nordkorea, Iran), die sich gängigen



Der Parlamentarische Abend der DSF stieß bei den Bundestagsabgeordneten und ihren MitarbeiterInnen auf lebhaftes Interesse.

Kontrollverfahren entzogen. Es gebe jedoch inzwischen technisch ausgereifte Möglichkeiten, um die den internationalen Kontrollregimen obliegenden Verifikationsaufgaben wirksam umzusetzen, wie sich am Beispiel des Teststoppabkommens (CTBTO) veranschaulichen lasse. Hierbei könnten auch zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle übernehmen.

Im dritten Beitrag analysierte Peter J. Croll, Bonn International Center for Conversion (BICC), die weltweite Verbreitung von Kleinwaffen, die aufgrund ihrer großen Zahl eine erhebliche Gefahr für Stabilität und Frieden darstellten. Der Export von Kleinwaffen aus deutscher Herstellung in Staaten außerhalb von NATO und EU sei zwar deutlich angestiegen, die deutsche Rüstungsexportpolitik halte sich jedoch grundsätzlich an internationale Übereinkommen, keine Waffen in Konflikt- und Krisengebiete zu liefern. Trotzdem komme es immer wieder vor, dass auch deutsche Kleinwaffen in solche Regionen gelangten. Positiv hervorzuheben sei die Unterstützung Deutschlands für internationale Abkommen zur Begrenzung und Kontrolle des Waffenhandels. Darüber hinaus seien erste Maßnahmen ergriffen worden, die wirksam dazu beitragen, die Gesamtzahl der Kleinwaffen und deren Missbrauch einzuschränken. Der Referent betonte jedoch am Ende seiner Ausführungen, dass die Möglichkeiten für eine verbesserte Kontrolle noch bei weitem nicht ausgeschöpft seien.

Die Beiträge zum „Parlamentarischen Abend“ werden in der Reihe „Arbeitspapiere DSF“ veröffentlicht.³¹



Moderatorin Dr. Constanze Stelzenmüller und die Referenten Prof. Dr. Harald Müller, Prof. Dr. Martin Kalinowski und Peter J. Croll (von links nach rechts) im Gespräch mit dem Publikum.

31 Wie lässt sich die globale Aufrüstungsdynamik umkehren? Handlungsoptionen für eine friedenssichernde Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 25.9.2008 in Berlin. Osnabrück 2009 (Arbeitspapiere DSF Heft 4).

4. **Öffentliches Kolloquium zum 150. Geburtstag des deutschen Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde**



Anlass für das Kolloquium „Wege zur Friedenssicherung und Versöhnung. Deutsche Friedensnobelpreisträger als Leitfiguren für die heutige Friedenspolitik“ am 12. April 2008 im Historischen Rathaus der Freien Hansestadt Bremen, war der 150. Geburtstag des gebürtigen Bremers und deutschen Friedensnobelpreisträgers von 1927, Ludwig Quidde.

Die öffentliche Veranstaltung wurde gemeinsam von der Deutschen Stiftung Friedensforschung, der Ludwig Quidde Stiftung und der Universität Bremen ausgerichtet. Volker Kröning (MdB) eröffnete die Tagung mit dem Hinweis, dass Ludwig Quidde selbst in seiner Geburtsstadt nur Wenigen bekannt sei.

Wolf-Michael Catenhusen (Foto), stellvertretender Vorsitzender der DSF, hob in seinem Grußwort hervor, dass es von großer Bedeutung sei, das Erbe Ludwig Quiddes in lebendiger Erinnerung zu halten. Er danke Prof. Dr. Karl Holl für seine im Vorjahr erschienene Biographie über den Friedensnobelpreisträger.

Er wies ferner darauf hin, dass auch die Ludwig Quidde Stiftung, deren Angliederung an die DSF unmittelbar bevor stehe, durch ihre Aktivitäten dazu beitragen werde, dass Quidde nicht in Vergessenheit gerate.

**Wege zur Friedenssicherung und Versöhnung:
Deutsche Friedensnobelpreisträger als Leitfiguren
für die heutige Friedenspolitik**

Öffentliche Veranstaltung zum 150. Geburtstag
des Friedensnobelpreisträgers Ludwig Quidde

Sonnabend, 12. April 2008, 14 - 20 Uhr
im Historischen Rathaus der Freien Hansestadt Bremen

The graphic consists of a vertical column of four small, square, black and white portraits of men on the left side. The portraits are of different historical figures, likely related to the event's theme. To the right of the portraits, the title of the colloquium is written in a bold, sans-serif font. Below the title, the event details are provided in a smaller, regular font. The entire graphic is set against a light gray background.



Das Kolloquium hatte das Ziel, nicht nur an Ludwig Quidde zu erinnern, sondern darüber hinaus am Beispiel der vier deutschen Friedensnobelpreisträger aufzuzeigen, welche Wege zur Friedenssicherung und Versöhnung sie im Kontext ihrer Zeit einschlagen wollten und welche historischen Traditionslinien und Leitbilder sich hieraus ergeben, die auch für die heutige Zeit von Bedeutung sein können. Die deutschen Friedensnobelpreisträger waren für eine kurze Periode Zeitgenossen und teilten somit historische Erfahrungen, die ihr politisches Denken und Handeln nachdrücklich prägten.

Im Rahmen des Kolloquiums stellte zunächst Prof. Dr. Jost Dülffer, Universität zu Köln, (Foto links) den ersten deutschen Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann (1878-1929) vor. Es folgten Vorträge über Ludwig Quidde von Prof. Dr. Karl Holl, Bremen, und über Carl von Ossietzky von Prof. Dr. Wolfgang Wippermann, FU Berlin. Den Abschluss bildete der Beitrag von Dr. Bernd Rother (Foto rechts), Kanzler Willy Brandt Stiftung, Berlin, über den letzten deutschen Preisträger Willy Brandt.



Für den abschließenden Abendvortrag konnte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. h. c. Gernot Erler, gewonnen werden, der vom Bremer Oberbürgermeister Jens Böhrnsen begrüßt und vorgestellt wurde (Foto oben).

Dr. Erler sprach zum Thema „Friedenspolitisches Handeln vor dem Hintergrund regionaler und globaler Herausforderungen“ und spannte somit den Bogen zu Grundfragen der heutigen deutschen und europäischen Friedenspolitik.

Die Beiträge des Kolloquiums werden in einer Buchpublikation veröffentlicht.

5. Öffentliche Veranstaltung zum Thema Religion und Frieden auf dem Katholikentag 2008



Auf dem 97. Katholikentag, der von 22. bis 25. Mai 2008 in Osnabrück stattfand, war die DSF mit einer Podiumsveranstaltung „Gott wohnt zwischen den Fronten. Religiös motivierte Friedensarbeit“ im Programm vertreten. Die Veranstaltung war in Kooperation mit dem Katholikentag und dem Ökumenischen Dienst vorbereitet worden und gab einen Einblick in die unterschiedlichen Herangehensweisen, mit denen sich Wissenschaft und

Praxis mit der friedensfördernden Rolle von Religionen auseinandersetzen. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Journalistin Carola Schede (NDR).

Den einführenden Vortrag hielt Prof. Dr. Konrad Raiser, ehemaliger Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf. Hierin hob er hervor, dass der Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten in der öffentlichen Debatte, insbesondere nach den Terroranschlägen des 11. September 2001, eine große Bedeutung beigemessen werde. Er könne ohne Weiteres eine Reihe von Fällen benennen, in denen Religion zum Zwecke der Gewalteskalation politisch instrumentalisiert worden sei. Dies stehe aber im Gegensatz zu zentralen Lehraussagen der Religionen, die sich dem Frieden und der Gerechtigkeit verpflichtet fühlten. Es liege somit im Eigeninteresse von Religionsgemeinschaften, „überzeugende Beispiele für das friedensstiftende Potential“ von Religionen aufzuzeigen. Prof. Raiser verwies im Folgenden auf das friedenspolitische Engagement religiöser Akteure in Afrika. Der ÖRK sei selbst maßgeblich an einschlägigen Verhandlungen und Gesprächen beteiligt gewesen. Die entscheidende Rolle, die Religionen wahrnehmen können, liege in der Wiederherstellung der Kommunikation zwischen den verfeindeten Parteien. Sie seien dazu in der Lage, weil sie in der Regel das Vertrauen der Menschen genießen und als politisch neutrale Mittler akzeptiert würden.

Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Eberhard-Karls Universität Tübingen, gelang es in seinem Vortrag, sehr anschaulich zu verdeutlichen, wie sich die Friedens- und Konfliktforschung mit der friedensfördernden Rolle von Religionen in Konfliktsituationen und nach der Beendigung von Gewaltkonflikten auseinandersetzt.

Die weiteren Beiträge waren der Praxis religiös motivierter Friedensarbeit gewidmet. So berichtete Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, über die Ziele und Projekte der katholischen Friedensbewegung Pax Christi. Ana Raffei gab einen eindrucksvollen Einblick in die interreligiöse Friedensarbeit in Kroatien, mit der sie durch langjährige Erfahrung mit Schulungsprojekten verbunden ist. Beeindruckt zeigte sich das Publikum von den Berichten und Fotos des friedensjournalistischen Projekts „Peace Counts“, das der Journalist Dr. Heiner Wember aus Münster vorstellte.



6. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit

Die Vernetzung der Stiftung auf nationaler und internationaler Ebene, der Dialog mit der friedenspolitischen Praxis sowie die Repräsentation der Stiftung bei öffentlichen Veranstaltungen zählen zu den zentralen Aufgaben, die durch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands wahrgenommen werden.

So nahmen der Vorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, und die stellvertretende Vorsitzende, Dr. Martina Fischer, am Jahreskolloquium 2008 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) teil, das vom 29. Februar bis 2. März 2008 in Leipzig ausgerichtet wurde. In Verbindung mit dem Jahreskolloquium fand eine Festveranstaltung aus Anlass des 40jährigen Bestehens der AFK statt. In ihren Grußworten³² hoben Prof. Dr. Volker Rittberger und Dr. Martina Fischer die Bedeutung der AFK für die Friedens- und Konfliktforschung hervor und begrüßten die Zielsetzung des Verbandes, auf der Grundlage des internationalen Forschungsstandes eine Standortbestimmung vorzunehmen, um neue Forschungsperspektiven zu eröffnen. Aus Sicht der Stiftung verbinde sich mit diesem Diskussionsprozess die Erwartung, dass ins Neue weisende Forschungsvorhaben entwickelt und eingereicht würden. Die AFK habe in den vergangenen Jahren eine wechselvolle Geschichte erlebt, die von so mancher friedenspolitischen Enttäuschung begleitet war. Hierzu zähle auch der Verlust institutioneller wissenschaftspolitischer Errungenschaften wie die Bund-Länder-finanzierte Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), in dessen Folge sich die Friedensforschung über Jahre hinweg mit geringen Fördermitteln über Wasser halten musste. Durch die Gründung der DSF sei die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung auf eine von politischer Einflussnahme unabhängige und dauerhafte Grundlage gestellt worden. Prof. Rittberger dankte der anwesenden Bundesministerin a. D. Edelgard Bulmahn (MdB) für ihr großes Engagement bei der Stiftungsgründung.

Am 28. November 2008 feierte die Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) an der TU Darmstadt ihr 20jähriges Bestehen. In seinem Grußwort bezeichnete Prof. Rittberger die Gründung der Forschergruppe als einen Meilenstein in der Entwicklung der deutschen Friedens- und Konfliktforschung. Die Arbeit von IANUS habe nicht zuletzt aufgrund neuer technologischer Entwicklungen in den vergangenen Jahren sogar noch an Bedeutung gewonnen. Der Stiftungsvorsitzende überbrachte zudem die Nachricht, dass der Stiftungsrat einer Förderung der Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt zugestimmt hat. Damit seien langjährige Vorbereitungen letztlich zum Erfolg geführt worden. Die Stiftung verbinde mit der Förderentscheidung die Erwartung, dass die Stiftungsprofessur national und international wegweisende Impulse für die naturwissenschaftliche Friedensforschung geben werde.

Des Weiteren nahm der Stiftungsvorsitzende an der Festveranstaltung zum 50jährigen Bestehen der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg teil.

Zur wissenschaftlichen Vernetzung der Stiftung trug die Teilnahme des Stiftungsvorsitzenden an der Jahrestagung der *International Studies Association* Ende März 2008 in San Francisco bei. Er leitete das Panel „*Multidimensional Peace-Keeping, Peace-Building, and*

32 Dr. Martina Fischer würdigte in ihrem Grußwort die Verdienste des Verbandes. Das Grußwort des Stiftungsvorsitzenden, Prof. Dr. Volker Rittberger, wurde der Versammlung schriftlich zugänglich gemacht, da dieser an der Beisetzung des verstorbenen Stiftungsratsmitglieds Johann-Henrich Krummacher teilnahm und deshalb am Eröffnungstag des Jahreskolloquiums nicht anwesend sein konnte.



United Nations“, auf dem Projektnehmer der Stiftung ihre einschlägigen Forschungsergebnisse vorstellten.

Des Weiteren nahm der Vorsitzende an der Präsentation des „*Annual Review of Global Peace Operations*“ durch Wissenschaftler des *Center on International Cooperation*, New York, teil. Der Bericht wurde auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Auswärtigen Amt und des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands führten zudem zahlreiche Informationsgespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertretern und Vertreterinnen der Bundesministerien und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Hierbei wurden Fragen der institutionellen Entwicklung der Stiftung ebenso angesprochen wie Formen des fachlichen Austausches, z.B. durch gemeinsame Veranstaltungen, und aktuelle friedenspolitische Themen.

Darüber hinaus informierten sich die Vorstandsmitglieder bei Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung über laufende und geplante Forschungsprogramme, so z. B. beim Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) der Universität Hamburg, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und beim Global Public Policy Institute (GPPI) in Berlin.

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als Einrichtung der Forschungsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Sie erhielt die Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Osnabrück. Die DSF ist als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt.

Die Aufgaben und Ziele der Stiftung sowie ihre Organstruktur sind in der Satzung festgelegt. Die DSF verfolgt den in § 2 festgelegten Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“.

Die Stiftung verwirklicht den Stiftungszweck, indem sie wissenschaftliche Vorhaben der Friedens- und Konfliktforschung fördert und initiiert, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführt und die Ausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt. Eigene wissenschaftliche Untersuchungen führt die Stiftung nicht durch.

1. Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist das Leitungsorgan der Stiftung. Ihm gehören 15 Mitglieder an, die durch die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, berufen werden. Sie vergibt die Mandate für einen Zeitraum von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederbestellung ist möglich.

Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Förderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er beschließt den jährlichen Wirtschaftsplan, der Angaben über die erwarteten Erträge aus dem Stiftungsvermögen und über die geplanten Aufwendungen für Fördermaßnahmen, Initiativprojekte und institutionelle Kosten enthält. Außerdem erstellt er eine Jahresrechnung und einen Tätigkeitsbericht. Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand.

Als Vorsitzender des Stiftungsrats amtiert seit September 2003 Dr. Volker Rittberger, Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Auf der Stiftungsratssitzung am 24. April 2008 wurde Professor Rittberger einstimmig für eine weitere Amtszeit als Stiftungsvorsitzender wiedergewählt.

Stellvertretende Vorsitzende sind Wolf-Michael Catenhusen, ehemals Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF), und Dr. Martina Fischer, stellvertretende Leiterin des Berghof Zentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin.

Der Stiftungsrat setzt sich satzungsgemäß aus acht Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie vier Vertretern/Vertreterinnen der Bundesregierung und drei Mitgliedern des Deutschen Bundestages zusammen.

In dieser Zusammensetzung kam der Stiftungsrat am 24. April 2008 und am 27. November 2008 zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen. Dem Gremium gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Gerhard Beestermöller

Stellvertretender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg

Prof. Dr. Michael Brzoska

Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Wolf-Michael Catenhusen

Staatssekretär a.D., Berlin

Prof. Dr. Christopher Daase

Lehrstuhl für Internationale Politik, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaften, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer

Fachbereich Informatik, AB KOGS, Universität Hamburg

Dr. h. c. Gernot Erler

Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Staatsminister, Auswärtiges Amt

Dr. Martina Fischer

Stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

Karin Kortmann

Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Karl Lamers

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Ausschuss für Verteidigung

Prof. Dr. Harald Müller

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Georg Nolte

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität zu Berlin

Hans Raidel

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Ausschuss für Verteidigung

Prof. Dr. Volker Rittberger

Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen

Christian Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Heinz Schmitt

Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung

Im Berichtsjahr wurden zwei neue Mitglieder in den Stiftungsrat der DSF berufen. Prof. Dr. Christopher Daase, Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt für Internationale Politik an der Ludwig-Maximilians-Universität München, gehört dem Gremium seit April 2008 an. Im Juni 2008 erfolgte die Berufung von Dr. Karl Lamers, der den Deutschen Bun-

destag im Stiftungsrat vertritt. Dr. Lamers ist Mitglied des Bundestagsausschusses für Verteidigung.

Nach Ablauf der fünfjährigen Mandatszeit schied Prof. Dr. Herbert Wulf, der ehemalige Direktor des Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC) und Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Nordkorea, aus dem Stiftungsrat aus. Die Stiftung dankt Professor Wulf für seine engagierte Mitwirkung.

Im Februar 2008 verstarb das Stiftungsratsmitglied Johann-Henrich Krummacher, Mitglied des Deutschen Bundestages. Krummacher hatte dem Gremium seit März 2006 angehört. Der Stiftungsrat gedachte des Verstorbenen in seiner Sitzung am 24. April 2008 in Berlin. Der Stiftungsvorsitzende würdigte die Verdienste Johann-Henrich Krummachers, der sich mit großer Aufgeschlossenheit und Hilfsbereitschaft für die Belange der Stiftung eingesetzt habe.

2. Wissenschaftlicher Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Geschäftsführenden Vorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrats legt fest, dass der Beirat bis zu 20 Personen umfassen kann. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre. Im Jahr 2008 zählte der Beirat 18 Mitglieder. Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats ist Dr. Constanze Stelzenmüller, Leiterin des Berliner Büros des „The German Marshall Fund of the United States“.

Dem Beirat gehören im Berichtszeitraum folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an:

Vorsitzende:

Dr. Constanze Stelzenmüller

The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Martin Kalinowski

Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg

Prof. Dr. Mathias Bös

Zentrum für Konfliktforschung, Phillips-Universität Marburg

Prof. Dr. Marie-Janine Calic

Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität, München

Prof. Dr. Horst Fischer

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Brussels Office

Dr. Volker Franke

Bonn International Center for Conversion (BICC)/ Associate Professor of Political Science & International Studies, McDaniel College, Westminster (Maryland)

Prof. Dr. Wolfgang Frindte

Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. em. Dr. Karl Holl

Ludwig-Quidde-Stiftung, Bremen

Uli Jäger

Institut für Friedenspädagogik e.V., Tübingen

Prof. em. Dr. Kathryn Nixdorff

Institut für Mikrobiologie und Genetik, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf

Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Prof. Dr. Dirk Messner

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Dr. Anita Müller

swisspeace, Bern

Prof. Dr. Götz Neuneck

Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), Hamburg

Dr. Ulrich Ratsch

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer

Juristische Fakultät und Zentrum für Internationale Studien, Technische Universität Dresden

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas

Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS), Universität Bremen

Dr. Cornelia Ulbert

Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF)

Die alljährliche Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats fand am 10. Oktober 2008 in Osnabrück statt. Der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, stellte in seinem Bericht an die Beiratsmitglieder die neu in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben vor und verwies insbesondere auf die Initiativprojekte der Stiftung zur Erschließung neuer Forschungsgebiete sowie zur Unterstützung des Ergebnistransfers in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Des Weiteren berichtete der Vorsitzende über die institutionelle Entwicklung der Stiftung.

Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Auseinandersetzung mit dem Bericht der Evaluierungskommission zur Forschungsprojektförderung der DSF. Prof. Dr. Franz Fujara, TU Darmstadt, Mitglied der Kommission, erläuterte auf der Sitzung die Ergebnisse der Evaluierung und die daraus abgeleiteten Empfehlungen, die zu einer Optimierung der Förder-

praxis der Stiftung beitragen sollen. Der Wissenschaftliche Beirat formulierte im Anschluss an die Diskussion eine Stellungnahme zu den Kommissionsempfehlungen, die durch die Beiratsvorsitzende, Dr. Constanze Stelzenmüller, auf der Stiftungsratssitzung am 27. November 2008 vorgestellt wurde.

Des Weiteren diskutierte der Beirat erste konzeptionelle Überlegungen zur Fortführung der Nachwuchsförderung und unterbreitete einige Anregungen, die bei der weiteren Ausarbeitung der Konzeptpapiere Berücksichtigung finden werden.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Osnabrück. Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die mit zweieinhalb Personalstellen ausgestattet ist. Sie wird seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung und die Internetpräsenz der Stiftung zuständig ist. Ergänzt wird das Team regelmäßig durch studentische Praktikanten und Praktikantinnen.

Durch seinen Beschluss vom 9. November 2006 eröffnete der Stiftungsrat ferner die Möglichkeit, längerfristige Praktika mit einer Dauer von bis zu 12 Monaten in der Geschäftsstelle zu absolvieren, für die die Stiftung eine Vergütung bereit stellt.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie bereitet den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht der DSF vor. Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte“, „Forum DSF“, „Forschung DSF“, „Arbeitspapiere DSF“ und „DSF-Info“.

4. Die Schirmherrschaft

Schirmherr der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Bundespräsident Dr. Horst Köhler.

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Die ausschüttungsfähigen Erträge aus der Vermögensbewirtschaftung bilden die finanzielle Grundlage, mit der die DSF ihre institutionellen Kosten deckt und ihre Förderleistungen finanziert.

Zur Erweiterung der finanziellen Handlungsspielräume wurde bei der Gründung der Stiftung eine Bestimmung in die Satzung aufgenommen, die es gestattet, auch einen Teil des Stiftungsvermögens für Förderzwecke zu verzehren. Die DSF hat von dieser Klausel in den Jahren 2002 bis 2004 Gebrauch gemacht, um das Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung zu finanzieren. Diese Substanzverluste wurden durch Zuführungen aus dem Bundeshaushalt in den Jahren 2004 bis 2007 wieder ausgeglichen. Auch die Finanzierung des 2009 zu bewilligenden Förderbeitrags zur Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt wird über einen Kapitalverzehr erfolgen.

Grundsätzlich ist es jedoch das Ziel der DSF, das Stiftungsvermögen in seiner Substanz ungeschmälert zu erhalten und in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage durch Rücklagenbildung auch einen Beitrag zum Werterhalt zu leisten.

Die Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens erfolgt durch zwei von der DSF beauftragte Geldinstitute. Maßgeblich für die rentierliche Anlage des Kapitals sind die von der Stiftung vorgegebenen „Grundsätze für die Vermögensverwaltung“. Diese definieren Prinzipien für die Vermögensbewirtschaftung und benennen die zugelassenen Anlageklassen. Die Kapitalanlageformen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile und Zertifikate. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 70 Prozent. Aktien und aktienähnliche Produkte können je nach Kapitalmarktlage einen Anteil von bis zu 30 Prozent ausmachen.

Die Bewertung des Stiftungsvermögens erfolgt zu Anschaffungswerten. Wertberichtigungen im Aktienportfolio wurden 2008 trotz eingetretener Buchverluste nicht vorgenommen, da diese nicht als dauerhaft angesehen werden und von einer mittelfristigen Erholung der Aktienmärkte ausgegangen wird.

1. Bilanz 2008

Die Bilanzsumme zum 31.12.2008 beträgt 29,5 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Euro verringert. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 24,2 Mio. Euro und liegt somit um 3,8 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Es besteht vor allem aus Wertpapieren (24,18 Mio. Euro). Das Umlaufvermögen liegt zum Stichtag mit 5,3 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 Mio. Euro höher. Dieser Wert resultiert aus der Einlösung fälliger Wertpapiere zum Jahresende.

Auf der Passivseite veränderte sich die Bilanzsumme hauptsächlich durch die Reduzierung des Stiftungskapitals um rund 1,5 Mio. Euro. Ursache hierfür sind die 2008 aufgetretenen Substanzverluste, die auf die Kapitalmarktkrise zurückzuführen sind.

Die Verbindlichkeiten der DSF aus bewilligten Förderleistungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um rund eine halbe Million Euro. Die Verpflichtungen im Rahmen des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung reduzierten sich um 582 Tsd. Euro. Die Förderverpflichtungen im Bereich der Projektförderung stiegen 2008 hingegen um 100 Tsd. Euro an.

2. Ertragsrechnung 2008

Die Ertragsrechnung der Stiftung weist mit minus 418 Tsd. Euro ein deutlich negatives Ergebnis aus. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem ein hoher Überschuss aus Umschichtungserlösen erzielt werden konnte, beträgt die Differenz somit 1,63 Mio. Euro. Zwar konnten die ordentlichen Erträge aufgrund höherer Zinserträge im Jahr 2008 gesteigert werden, die Verwerfungen an den Aktienmärkten infolge der internationalen Finanzmarktkrise führten jedoch im vierten Quartal zu Vermögensumschichtungen mit erheblichen Verlusten. In der Gesamtsumme überstiegen diese die ordentlichen Erträge deutlich und sind somit für das negative Ergebnis verantwortlich.

Das Jahresergebnis vor Verwendung liegt aufgrund dieser Entwicklung um rund 2,5 Mio. Euro unter dem Betrag für 2007. Der Gesamtverlust für das Jahr 2008 addiert sich somit auf rund 1,68 Mio. Euro. Hierdurch wurde die in den Vorjahren aufgebaute freie Rücklage der Stiftung vollständig aufgezehrt.

Für die Erfüllung des Stiftungszwecks bewilligte die DSF insgesamt rund 920 Tsd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sie somit ihre Förderleistungen um 215 Tsd. Euro.

Ertragsrechnung für die Zeit vom 01.01.2008 bis 31.12.2008

	2008	2007
A.	€	€
I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	-418.365,07	2.048.645,86
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	1.062.236,78	1.004.927,07
2. Zinsen aus Festgeldern	52.759,62	31.575,93
3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	-1.533.361,47	1.012.142,86
4. Sonstige Erträge	0,00	0,00
II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	140.326,75	140.327,98
1. Managementgebühren Banken	139.641,88	137.558,98
2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
3. Steuern (hier: Kapitalertragsteuer)	684,87	2.769,00
III. Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	-558.691,82	1.908.317,88
B.		
I. Erträge aus Verwaltung	11.551,53	9.399,59
1. Auflösung Sonderposten für Umbaumaßnahmen	6.919,59	6.919,59
2. Sonstige Erträge, insbes. Aus Vermietung Saal	4.631,94	2.480,00
II. Aufwendungen aus Verwaltung	217.205,31	203.466,02
1. Personalaufwendungen	140.220,47	133.893,85
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	14.827,01	10.523,46
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand (Sachaufwendungen)	62.157,83	59.048,71
III. Ergebnis aus Verwaltung	-205.653,78	-194.066,43
C. Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	-764.345,60	1.714.251,45
D. Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes	919.942,56	706.294,20
1. Projektförderung – Neubewilligungen	1.008.963,62	770.211,30
2. Projektförderung – Evaluierung und Forschungsberichte	18.041,87	7.420,95
3. Rückzahlungen Projektförderung	-118.428,50	-86.729,00
4. Nachwuchsförderung – Neubewilligungen	0,00	0,00
5. Nachwuchsförderung – begleitende Maßnahmen	0,00	2.359,46
6. Rückzahlungen Nachwuchsförderung	-6.167,79	-15.175,03
7. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	22.046,87	136.932,15
8. Förderung durch Dritte	-4.513,51	-108.725,63
E. Jahresergebnis	-1.684.288,16	1.007.957,25

Bilanz zum 31.12.2008

	31.12.2008	31.12.2007
Aktiva	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.781,75	56.467,70
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	24.175.467,26	27.962.819,89
	<u>24.232.249,01</u>	<u>28.019.287,59</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	407.688,61	388.762,58
Sonstige Vermögensgegenstände	15.487,45	91.214,63
II. Liquide Mittel	4.872.257,07	2.970.682,59
	<u>5.295.433,13</u>	<u>3.450.659,80</u>
Bilanzsumme	<u>29.527.682,14</u>	<u>31.469.947,39</u>
Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	27.725.267,81	27.713.074,95
II. Ergebnismrücklagen	1.680.000,00	450.000,00
III. Verlustvortrag	-314.294,02	-310.108,41
IV. Jahresfehlbetrag bzw. -überschuss	-1.684.288,16	1.007.957,25
	<u>27.406.685,63</u>	<u>28.860.923,79</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	40.390,59	47.310,18
C. Rückstellungen	7.274,17	8.300,95
D. Verbindlichkeiten		
I. Zusagen Projektförderung	940.316,20	823.936,30
II. Zusagen Struktur- und Nachwuchsförderung	1.040.750,00	1.622.746,18
III. Sonstige Verbindlichkeiten	92.265,55	106.729,99
	<u>2.073.331,75</u>	<u>2.553.412,47</u>
Bilanzsumme	<u>29.527.682,14</u>	<u>31.469.947,39</u>

Für die vollständige Jahresrechnung ist der folgende uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers und des Stiftungsrates der DSF. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen: Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Bad Iburg, den 30. März 2009




Dipl.-Kfm. Hermann Ewerding
- Wirtschaftsprüfer -

V. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2008 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben

Entschuldigung und Versöhnung in der internationalen Politik	
Laufzeit: 24 Monate April 2008 bis März 2010 Fördersumme: 141.989,32 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Christopher Daase Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München

Projektzusammenfassung

Wir leben in einem Zeitalter öffentlicher Entschuldigungen: Der Papst entschuldigt sich für die Inquisition, die Vereinten Nationen entschuldigen sich für ihre Untätigkeit in Ruanda, die Queen entschuldigt sich für die Unterdrückung der Neuseeländischen Maoris, Präsident Chirac für die Dreyfus-Affäre und Präsident Bill Clinton für den Sklavenhandel. Manche Beobachter bewerten diesen Trend als politisch-moralischen Fortschritt; sie erkennen darin das Entstehen einer internationalen Norm und führen sie auf eine globalisierte Erinnerungskultur zurück. Andere kritisieren politische Entschuldigungen als oberflächliche Modeerscheinung; sie leugnen die Existenz kollektiver Identität und sehen in öffentlichen Entschuldigungen nur zivil-religiöse Bußrituale und die destruktive Moralisierung internationaler Politik.

Politische Entschuldigungen kann man aber nicht einfach als irrelevant abtun. Denn schon die Tatsache, dass manche Entschuldigungen explizit verweigert oder nur unvollkommen gegeben werden, und dies die Aussöhnung ehemaliger Kontrahenten erschwert und zu neuen Konflikten führt, zeigt, dass Entschuldigungen – oder ihre Verweigerung – reale soziale Folgen haben. Öffentliche Reuebekenntnisse – gleichviel ob sie instrumentalistischer, rhetorischer oder normativer Motivation entspringen – sind zentrale Elemente kollektiver Konflikt- und Versöhnungsprozesse. Auch wenn Entschuldigungen zunächst sprachliche und symbolische Handlungen sind, sind sie kein *cheap talk*, sondern für die beteiligten Akteure mit hohen Kosten – materiellen und politischen – aber auch der Möglichkeit hoher Gewinne – nämlich dauerhafter Aussöhnung – verbunden.

Unabhängig von normativen Vorentscheidungen, ob politische Entschuldigungen etwas Gutes oder Schlechtes sind, soll in dem von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderten Forschungsprojekt die neue Entschuldigungspraxis in den internationalen Beziehungen empirisch-analytisch untersucht werden. Zu fragen ist, woher der Trend zu internationalen Entschuldigungen kommt; warum bei den einen Untaten um Entschuldigung gebeten wird, aber bei den anderen nicht; und warum einige Staaten entschuldigungsfreudiger sind als andere. Darüber hinaus muss die Frage gestellt werden, welchen Einfluss Entschuldigungen auf den Befriedungs- und Versöhnungsprozess zwischen zwei ehemals verfeindeten Akteuren haben. Inwiefern können Entschuldigungen zur Konfliktlö-

sung und Konfliktprävention beitragen, und in welchem Verhältnis steht ihr Versöhnungspotenzial zu anderen Sühneformen wie z. B. Reparationen, Tribunalen oder Wahrheitskommissionen?

Erst mit diesem empirischen und theoretischen Wissen kann die normative Frage entschieden werden, ob öffentliche Entschuldigungen in der internationalen Politik etwas Gutes oder Schlechtes sind, und unter welchen Bedingungen und wie sie gefordert oder gegeben werden sollten. Hierin liegt auch der Wert der zu erwartenden Forschungsergebnisse für die Politik: den Sinn von politischen Entschuldigungen einschätzen, die Formen gelingender Entschuldigung verstehen und mit entsprechenden Forderungen umgehen zu können.

Zwischen Kontrolle und Kooperation – Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	
Laufzeit: 24 Monate August 2008 bis Juli 2010 Fördersumme: 142.900,00 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Götz Neuneck Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Projektzusammenfassung

Das Forschungsprojekt untersucht, in welchem Maß Regeln zur Kontrolle von „*dual-use*“-Technologien, bzw. Regeln zur Kooperation bei der friedlichen Nutzung solcher Technologien dazu beitragen, die Legitimität von Nichtverbreitungs-Regimen zu vergrößern. Dazu wird die Haltung von drei Staatengruppen in den drei Regimen zur Kontrolle von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vor und nach dem 11. September verglichen.

Im Ergebnis sollen Politikempfehlungen erarbeitet werden, wie das Problem des Transfers von „*dual-use*“-Technologien im Sinne einer tragfähigen und möglichst universellen Regelung gestaltet werden kann. Wie viel Kontrolle ist notwendig, um die Weitergabe doppelt verwendbarer Technologien zu begrenzen? Wie viel Kooperation auf zivilem Gebiet ist möglich, um Anreize zur Umsetzung der allgemeinen Regimeziele zu gewährleisten? Welcher Mix von angebots- und nachfrageorientierten Instrumenten fördert Regimelegitimität am besten? Zwischenergebnisse sollen 2009 und 2010 auf Staatentreffen der drei Regime sowie auf einem internationalen Workshop zur Diskussion gestellt werden.

Die Ergebnisse des Projekts werden zudem in einer Monographie veröffentlicht.

Religion und Bürgerkrieg: zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika	
<p>Laufzeit: 24 Monate Dezember 2008 bis November 2010 Fördersumme: 149.050,00 Euro</p>	<p>Projektleiter: Dr. Matthias Basedau GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg</p>

Projektzusammenfassung

Nach dem 11. September 2001 und angesichts der vermeintlich steigenden Anzahl religiös motivierter Gewaltakteure und Gewaltkonflikte wächst die Besorgnis, dass Religion massiv zu Gewalt und Krieg beiträgt. Darüber gerät bisweilen das Friedens- und Deeskalationspotential in den Hintergrund, das etwa von religiösen Überzeugungen, Wertvorstellungen und religiös motivierten Vermittlungsbemühungen ausgeht. Angesichts dieser Ambivalenz der Auswirkungen von Religion auf Konflikt (Appleby 2000) stellt sich eine zentrale Forschungsfrage: Unter welchen Bedingungen trägt Religion (im subsaharischen Afrika) zu Bürgerkrieg ODER innerstaatlichem Frieden bei?

Der theoretische Zugang zum Thema ist jedoch durch Komplexität gekennzeichnet. Neben der Ambivalenz ergibt sich dies aus der Multidimensionalität von Religion, die mindestens in religiöse Demographie, Identitäten, Ideen, Organisationen und Akteure bzw. Eliten aufgeschlüsselt werden kann. Überdies sind das Verhältnis dieser religiösen Dimensionen oder Faktoren untereinander und ihr relatives Gewicht gegenüber nicht-religiösen Kontextbedingungen in Rechnung zu stellen. Das komplexe Kausalgefüge wird durch die dynamische Perspektive ergänzt, da verschiedene religiöse Faktoren auch in verschiedenen Konfliktphasen divergierende Wirkungen auf Konflikte haben können. Dazu kommt, dass religiöse Faktoren nicht nur auf Konflikt wirken, sondern es auch den umgekehrten Zusammenhang (z.B. *switching*-Prozesse) bzw. komplexe Wechselwirkungen gibt.

Während kein Mangel an theoretischen Ansätzen besteht, ist der empirische Forschungsstand defizitär: Die meisten Studien sind einseitig auf die Gewaltwirkung oder die Friedenswirkung ausgerichtet. Untersuchungen, die beide Aspekte zugleich behandeln, gibt es kaum. Generalisierende Studien sind selten und quantitative Untersuchungen beschränken sich zumeist auf – einfach zu erhebende – demographische Daten. Fallstudien teilen dieses Defizit nicht, sind aber aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen, Ansätze und Methoden kaum vergleichbar.

Bemerkenswert ist überdies, wie wenig sich die Friedens- und Konfliktforschung mit Religion in Afrika beschäftigt hat. Zumeist dominieren Zugänge über ethnische Gegensätze oder ökonomische Problemlagen und Gelegenheitsstrukturen. Die Literatur zu Fallstudien konzentriert sich auf relativ wenige Fälle (Nigeria, Südafrika, Sudan, Uganda, zuletzt auch Somalia), in denen der Faktor Religion eine hervorstechende Rolle zu besitzen scheint. Eine generalisierende Untersuchung, die Mehrdimensionalität, Kontextabhängigkeit sowie Ambivalenz berücksichtigt, gibt es im Ansatz lediglich durch eine Pilotstudie, die – von der DSF finanziert – am GIGA Institut für Afrika-Studien in Hamburg durchgeführt wurde. Auf ihren (vorläufigen) Ergebnissen und Vorarbeiten (v.a. Hypothesenapparat, Bibliographie,

Datenbank, Entwicklung von Forschungsdesigns) will dieses Projekt systematisch aufbauen.

Um der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes gerecht zu werden, setzt das Vorhaben auf die Kombination verschiedener Forschungsstrategien („Triangulation“). Durchgeführt werden sollen:

- Ein qualitativer, sowohl diachroner als auch synchroner *Small N*-Vergleich von drei Länderfallstudien (Côte d'Ivoire, Nigeria, Tansania), die eine individualisierende Erfassung von Kausalmechanismen – besonders die Prüfung einer „Mobilisierungsthese“ – erlauben. Die Länderauswahl gestattet aber durch eine Mischung von Ähnlichkeit bei religiösen Hintergrundvariablen (Demographie, Frontstellung Christentum - Islam) sowie weiteren Kontextvariablen einerseits und Differenz (Gewalt) andererseits die Isolierung spezifischer religiöser Faktoren (Organisation, Ideen/Diskurse/Verhalten von Führern) und damit auch nomothetische Aussagen über den Einzelfall hinaus.
- Lokalstudien, die in relevanten „*hot spots*“ in den drei ausgewählten Ländern durchgeführt werden, und besonders die Mikroebene beleuchten.
- Ein auf Generalisierung abzielender *Medium N*- bzw. *Large N*-Vergleich, der alle subsaharischen Länder einschließt, und auf der in der Pilotstudie bereits erarbeiteten Datenbank beruht, die aber im neuen Vorhaben erheblich erweitert werden soll.

Neben der übergeordneten Leitfrage zur Ambivalenz von Religion (s.o.) erwartet die Studie Forschungsergebnisse zu folgenden Aspekten:

- Multidimensionalität von Religion: Welche religiösen Faktoren (v.a. Ideen, Institutionen, Eliten) wirken sich unter welchen Umständen Gewalt oder Frieden fördernd aus?
- Relatives Gewicht von Religion: Welches relative Gewicht haben religiöse Faktoren in diesem Zusammenhang? Welche anderen nicht-religionsspezifischen Faktoren wirken unabhängig oder im Verbund mit religiösen Faktoren auf Gewalt und Frieden ein?
- Dynamische Auswirkung von Religion: Inwiefern variiert die Wirkung religiöser Faktoren im zeitlichen Verlauf? Gibt es unterschiedliche Wirkungen in den verschiedenen Konfliktphasen? Inwieweit wirkt der Konflikt auf religiöse Variablen zurück? Gibt es z.B. *switching*-Prozesse infolge des Konfliktgeschehens?



Bedrohung auf der (Medien-) Agenda Krisenkommunikation im Nachrichtenprozess	
<p>Laufzeit: 24 Monate Oktober 2008 bis September 2010 Fördersumme: 147.400,00 Euro</p>	<p>ProjektleiterIn: Prof. Dr. Georg Ruhmann, Universität Jena Prof. Dr. Michaela Maier, Universität Koblenz-Landau</p>

Projektzusammenfassung

Seit Oktober 2008 erforschen Kommunikationswissenschaftler an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie der Universität Koblenz-Landau, wie sich die Kommunikation militärischer Bedrohungsszenarien im Nachrichtenprozess entwickelt. Im Mittelpunkt des von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für 24 Monate geförderten Projekts steht die Frage, wie Politik und Medien internationale Krisen beachten und mit Nachrichtenwert versehen.

Mit Hilfe eines komplexen methodischen Designs soll gezeigt werden, wie aufgrund des dynamischen Wechselspiels zwischen politischen, militärischen und medialen Akteuren Nachrichten entstehen, die von Entscheidungsträgern der Außen- und Sicherheitspolitik als Risikofaktoren wahrgenommen werden.

Bisher ist wenig bekannt über die Wechselwirkung von medialer Berichterstattung mit Entscheidungsprozessen und öffentlicher Meinungsbildung: Veranlassen zunehmend die Medien krisenhafte Zuspitzungen? Und wie verhalten sich Politiker medial als Krisenmanager?

Der diesem Projekt zugrunde liegende Forschungsansatz geht von einem typischen Verlauf internationaler Krisen in vier Phasen (Prävention, Eskalation und Management, Lösung, Aussöhnung) aus. Analysiert werden jeweils Risikofaktoren, politische Debatten, Kriterien der Nachrichtenauswahl sowie die Bewertung politischer Entscheidungen durch Fernsehzuschauer.

Anhand dieser Merkmale öffentlicher Kommunikation verändert sich phasenspezifisch je nach Krisentyp die Kommunikationsdynamik im Nachrichtenprozess. Im Mittelpunkt des Projekts stehen dabei internationale Krisen und Konflikte, bei denen es zumindest potenziell zum Einsatz von Gewalt in Form von Kriegshandlungen, militärischen Interventionen, Terrorismus, Guerillakriegen, Grenzverletzungen und Truppenbewegungen kommt.

Das Projekt versteht sich als innovativer Beitrag zur Krisen- und Friedensforschung und analysiert daher auch, über welche internationalen Konflikte und Krisen in den deutschen Medien nicht berichtet wird. Vor allem in ihrer Frühphase werden Konflikte sowohl von den Medien als auch von der Forschung übersehen. Gleichwohl ist gerade in dieser Phase ihr potentieller Einfluss und ihre Definitionsmacht am größten. Gemäß dem dieser Studie zugrunde gelegten Phasenmodell wird dieser Präventionsphase jedoch die gebotene Beachtung geschenkt.

Die Projektergebnisse sind grundlegend u.a. für Krisenkommunikation, mediale Konfliktberichterstattung und strategische Kommunikationspolitik. Aus der Studie sind konkrete



Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger, Experten und Kommunikatoren ableitbar. Analog dazu lassen sich ebenfalls konkrete Empfehlungen für Journalisten zur Berichterstattung über Krisen entwickeln. Zusätzlich werden anhand der Befunde weiterführende Module einer strategischen Öffentlichkeits- und Medienarbeit im Krisenfall konzipiert. Diese können in entsprechenden Seminaren, Lehrgängen und Workshops vermittelt werden.

‘Coping with Spoilers from Within’: Die Obstruktion von Friedensoperationen durch politisierte Bürokratie	
<p>Laufzeit: 24 Monate September 2009 bis August 2011 Fördersumme: 115.601,80 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Seibel/Julian Junk Sektion Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz</p>

Projektzusammenfassung

Das Forschungsprojekt geht der Frage nach, welche Widersprüche und Konflikte innerhalb des UN-Systems zum suboptimalen Verlauf oder gar zum Scheitern von UN-Friedensoperationen beitragen. Engerer Gegenstand der Untersuchung sind die Strategien und Mechanismen UN-interner Obstruktion und die darauf bezogenen Gegenstrategien (*coping*). Es gibt hinreichende Evidenz für die Obstruktion von UN-Friedensmissionen „von innen“. Anhaltspunkte hierfür bietet etwa das Entscheidungsverhalten von UN-Mitgliedsstaaten, die trotz ihrer Zustimmung zu einer Friedensmission im Sicherheitsrat die Implementierung der Mission im Prozess der Budgetierung und der logistischen Ausstattung verlangsamen oder gar blockieren. Ferner gibt es theoretische Gründe für die Annahme, dass politisierte Bürokratien unter bestimmten Umständen die von ihnen eigentlich zu implementierende Politik sabotieren, etwa die ökonomischen Theorien der Bürokratie (Downs 1966, Niskanen 1971), Graham T. Allison's Konzept der „*governmental [bureaucratic] politics*“ (Allison 1972) oder das Konzept der „*boundary spanning units*“ (Crozier und Friedberg 1979).

Untersuchungseinheiten sind die verschiedenen Sekretariate der an komplexen Friedensmissionen beteiligten internationalen Organisationen (insbesondere natürlich das UN-Sekretariat in New York mit seinen zahlreichen einschlägigen Abteilungen), die intergouvernementalen Gremien der Vereinten Nationen und die Leitungsstäbe einer Friedensmission, bestehend aus den *Special Representatives of the Secretary-General* (SRSG), seinem Stellvertreter für die humanitären und entwicklungspolitischen UN-Organisationen (*Deputy SRSG HC/RC*), dem *Chief of Staff*, sowie dem *Force Commander*. Die zu untersuchenden Fälle sind die UN-Missionen im Sudan (UNAMIS/UNMIS/UNAMID) und in Liberia (UNMIL), in denen nach den Voruntersuchungen Existenz und Wirkung von Obstruktion evident sind.

Die Originalität des hier vorgestellten Projekts liegt zum einen in der Konzentration auf „*spoilers from within*“, also auf Akteure, die der erfolgreichen Umsetzung von Friedensoperationen innerhalb des UN-Systems entgegenarbeiten. Zum anderen wird im Unterschied zu den meisten bisherigen einschlägigen Untersuchungen die Interaktion zwischen der

strategischen Ebene des UN-Sicherheitsrates und den zwei maßgeblichen operativen Ebenen in den Blick genommen, derjenigen im UN-Sekretariat und der auf Missionsebene.

Nicht-staatliches Konfliktmanagement. Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren	
Laufzeit: 24 Monate August 2008 bis Juli 2010 Fördersumme: 148.797,08 Euro	Projektleiter: Dr. Ulrich Schneckener Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Projektzusammenfassung

Für die erfolgreiche Bearbeitung aktueller Kriege und Konflikte ist der Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren von zentraler Bedeutung. Nicht-staatliche Gewaltakteure unterschiedlichen Typs, von Rebellen und Milizen über Warlords bis hin zu kriminellen Netzwerken, dominieren heute in vielfältiger Weise das Geschehen während und nach einem bewaffneten Konflikt. Sie haben oftmals das Potential, Prozesse von *Peace-* und *Statebuilding* zu stören, zu unterminieren oder gänzlich zum Abbruch zu bringen, so dass es zu einem Wiederaufflammen von Gewalt kommt. Vor diesem Hintergrund gilt es, vorhandene Erfahrungen zur Interaktion mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren systematisch auszuwerten. Das vorliegende Projekt will dazu einen Beitrag leisten und konzentriert sich auf die Rolle von internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf diesem Gebiet. NGOs sind in vielfältiger Weise in Krisen- und Konfliktregionen aktiv, teils um humanitäre Dienste zu leisten, teils um zwischen Konfliktparteien zu vermitteln, teils um bestimmte Werte und Normen zu verbreiten. Stets sind sie dabei mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren konfrontiert, müssen sich mit ihnen arrangieren oder suchen den direkten Kontakt, um auf diese Akteure einzuwirken.

Das Forschungsvorhaben untersucht daher folgende Fragestellung: Unter welchen Bedingungen und mit welchen Methoden kann es NGOs gelingen, auf nicht-staatliche Gewaltakteure in der Weise einzuwirken, dass diese ihr Verhalten ändern und ggf. auf die Anwendung von Gewalt verzichten? Inwieweit entstehen dabei Formen des nicht-staatlichen Konfliktmanagements zwischen NGOs und nicht-staatlichen Gewaltakteuren?

Das Projekt wird sich in einer ersten Phase auf die empirische Aufarbeitung der Erfahrungen bestimmter NGOs im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren konzentrieren. Es sollen sechs international operierende NGOs mit je einem Erfolgs- und einem Misserfallsfall untersucht werden, um die oben genannte Fragestellung zu bearbeiten (*Carter Center*, *Center for Humanitarian Dialogue*, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, *Geneva Call*, die Quäker und *Conciliation Resources*). Theoretischer Ausgangspunkt für die erste Phase sind Überlegungen zu drei Bereichen, die dazu dienen, das Thema einzugrenzen und zu operationalisieren sowie geeignete Fallbeispiele auszuwählen – erstens zum NGO-Typ, zweitens zu den typischen Strategien und drittens zu erklärenden Faktoren mit Blick auf Erfolg/Misserfolg.

Um die Fragestellung nach den Möglichkeiten und Grenzen von NGOs zu beantworten, sollen in erster Linie strukturierte Interviews (entlang eines Leitfadens) mit Vertretern der NGOs geführt werden. Die NGO-Perspektive lässt sich außerdem zum einen durch Interviews mit anderen am Konflikt bzw. Friedensprozess beteiligten externen Akteuren – Vertretern von internationalen Organisationen und Regierungen – ergänzen und zum anderen durch eine Analyse der Sekundärliteratur zum jeweiligen Konflikt einordnen. Daher werden zu jedem Fall auch ein *Akteurs-Mapping* und ein *process tracing* durchgeführt, um insbesondere zu klären, ob es zu einem Zeitpunkt X tatsächlich eine Verhaltensänderung des Gewaltakteurs gab.

Das Ziel des Forschungsvorhabens ist es, das Potential von NGOs beim Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren besser zu kennen. Das Projekt erhofft sich verallgemeinerbare Aussagen darüber, unter welchen Bedingungen NGOs relativ erfolgreich auf nicht-staatliche Gewaltakteure einwirken können. Konkret werden Antworten auf folgende, weiterführende Fragen erwartet:

1. Welche komparativen Vorteile besitzen NGOs insbesondere gegenüber staatlichen Akteuren oder Internationalen Organisationen?
2. Was sind die Grenzen von NGOs in der Interaktion mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren und welche Risiken bestehen für die NGOs, aber auch für andere am Friedensprozess beteiligte Akteure?
3. Welche Lehren aus den NGO-Erfahrungen können Andere – vor allem Regierungen und Internationale Organisationen – für den Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren ziehen?

Diese Erkenntnisse dürften auch für Regierungen und Internationale Organisationen von großer Bedeutung sein, die mit NGOs in Konflikt- und Krisenregionen zusammenarbeiten und sich über deren Chancen und Grenzen im Klaren sein sollten. Das Projekt mündet daher in praxisrelevante Empfehlungen für das Zusammenwirken externer Akteure beim Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren.

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten

Die im Folgenden aufgelisteten Veröffentlichungen sind aus von der DSF geförderten Projekten hervorgegangen. Berücksichtigt sind alle Publikationen, die im Laufe des Jahres 2008 erschienen sind und von denen die Stiftung Kenntnis erhalten hat.

Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens

Post-Conflict: Rebuilding of States - Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit

Projektleiter: **Prof. Dr. Volker Epping**, Juristische Fakultät, Leibniz Universität Hannover und **Dr. Hans-Joachim Heintze**, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, Ruhr-Universität Bochum

- Epping, Volker: *Ius post bellum – Völkerrechtliche Grauzone und Flickenteppich*. In: Fischer-Lescano, Andreas/Gasser, Hans-Peter/Marauhn, Thilo/Ronzitti, Natalino (Hrsg.): *Frieden in Freiheit – Peace in liberty – Paix en liberté*. Festschrift für Michael Bothe zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2008, S. 65-79.
- Epping, Volker: *Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit in Nachkonfliktgesellschaften*. In: *Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organisation* 83 (2008), 1, S. 25-43.
- Pfarr, Frauke Valeska: *Post-Conflict: Wiederherstellung von Staatlichkeit – Völkerrechtliche Aspekte des Nationbuilding in Afghanistan*. Köln, München: Carl Heymanns Verlag 2008.
- Reschke, Brigitte: *Post-Conflict: Wiederherstellung von Staatlichkeit – Völkerrechtliche Aspekte der Friedenssicherung im Irak*. Köln, München: Carl Heymanns Verlag 2008.
- Wierse, Kerstin A.: *Post-Conflict: Peacebuilding im Kosovo – Die Internationale Verwaltung von Territorien als Methode des Peace-Building*. Köln, München: Carl Heymanns Verlag 2008.

Learning to Build Peace? The United Nations, Peacebuilding and Organizational Learning

Projektleiter: **Dr. Wolfgang Reinicke**, Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin

- Benner, Thorsten/Rotmann, Philipp: *Learning to Learn? UN Peacebuilding and the Challenges of Building a Learning Organization*. In: *Journal of Intervention and Statebuilding* 2 (2008), 1, S. 43-62.
- Benner, Thorsten/Blume, Till: *A Second Chance for Liberia. President Johnson-Sirleaf's quest to build a new Liberia*. In: *Internationale Politik – Global Edition* 9 (2008), 1, S. 40-45.

- Rotmann, Philipp: Erste Schritte zu einer Polizeidoktrin für UN-Friedenseinsätze. In: Sicherheit und Frieden 26 (2008), 3, S. 164-171.

Legalität, Legitimität und Moral – Kein Platz für ‚gerechte Kriege‘ im Völkerrecht?

Projektleiter: **Prof. Dr. Thomas Bruha**, Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg und **Prof. Dr. Thilo Maruhn**, Fachbereich Rechtswissenschaft, Universität Gießen

- Bruha, Thomas/Heselhaus, Sebastian/Maruhn, Thilo: Legalität, Legitimität und Moral. Tübingen: Mohr Siebeck Verlag 2008.

Gewalt- und Krisenprävention

Ethnopolitische Konflikte im nördlichen Schwarzmeergebiet: Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im postsowjetischen Raum

Projektleiter: **Prof. Dr. Stefan Troebst**, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Universität Leipzig

- Schorkowitz, Dittmar (unter Mitwirkung von Dumbrava, Vasile und Wiese, Stefan): Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet. (= Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel 15). Frankfurt a. M. u. a.: Peter Lang 2008.

Zur Ambivalenz von Religion in Gewaltkonflikten. Eine Pilotstudie zu eskalierenden und de-eskalierenden Wirkungen von Religion in Afrika

Projektleiter: **Dr. Matthias Basedau**, GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg

- Basedau, Matthias/De Juan, Alexander: The "Ambivalence of the Sacred" in Africa. The Impact of Religion on Peace and Conflict in Sub-Saharan Africa. GIGA Working Paper No. 70. Hamburg 2008.
- Basedau, Matthias: Die ambivalente Rolle von Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten. In: epd-Dokumentation Nr.10/2008, S. 20-23.

Conflict, Communication and Intergroup Relations

Projektleiter: **Prof. Dr. Wilhelm Kempf**, Forum Friedenspsychologie e. V.

Tagungsbeiträge wurden veröffentlicht in:

- conflict & communication online, Vol. 7 Nr. 1 und 2. Verfügbar unter <<http://www.cco.regener-online.de/>>.

Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten

Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone

Projektleiter: **Dr. Andreas Mehler**, Institut für Afrika-Studien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Mehler, Andreas: Mehr Analyse, mehr Mut zu Kooperation: Peacekeeper, staatliche und nichtstaatliche Gewaltakteure in Afrika. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 83 (2008), 1, S. 45-69.

Die De-/Konstruktion von Krieg in der internationalen meinungsführenden Presse: Der ‚Fall‘ Irak (2003)

Projektleiterin: **Prof. Dr. Una Dirks**, Abteilung für englische Sprache und Kultur, Universität Hildesheim

- Dirks, Una: Die Mediatisierung der Kriegsgründe im Irak-Konflikt: Story Telling und evidenzbasierte Diskursfragmente im Widerstreit. Ein Vergleich der deutschen und US-amerikanischen 'Qualitäts'-Presse. In: Bonfadelli, Heinz et al. (Hrsg.): Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag 2008, S. 247-278.

Ansätze, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen von Local Ownership in Peacebuilding-Prozessen in Failed States. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Friedenseinsätze im Kosovo (UNMIK) und in Liberia (UNMIL)

Projektleiter: **Dr. Winrich Kühne**, Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin

- Pietz, Tobias/von Carlowitz, Leopold: Local Ownership in Peacebuilding Processes in Failed States. Approaches, Experiences, and Prerequisites for success. ZIF Report 12/07.
- von Carlowitz, Leopold: Local Ownership and the Rule of Law in Liberia. in: Law in Africa, Vol. 11/1(2008), S. 71-81.

Gesellschaftliche und politische Umbrüche nach dem Krieg. Zur Rolle von Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala.

Projektleiter: **Prof. Dr. Franz Nuscheler**, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg Essen

- Hensengerth, Oliver: Social and Political Fractures after Wars: The Role of Youth Violence in Post-1993 Cambodia. Social and Political Fractures after Wars: Youth Violence in Cambodia and Guatemala. Project Working Paper No. 4, Institute for Development and Peace (INEF), Duisburg 2008. Verfügbar unter <http://www.postwar-violence.de/files/wp4_cambodia_youth.pdf>.

- Hensengerth, Oliver: Transitions of Cambodia: War and Peace, 1954 to the present. Social and Political Fractures after Wars: Youth Violence in Cambodia and Guatemala. Project Working Paper No. 2, Institute for Development and Peace (INEF), Duisburg 2008. Verfügbar unter <http://www.postwar-violence.de/files/wp2_cambodia_transitions.pdf>.
- Kurtenbach, Sabine: Context matters: violence in war, post-war and non-war societies. In: Corinna Hauswedell/Sabine Kurtenbach (Hrsg.): In War as in Peace: Youth Violence – A Challenge for International Co-operation. Loccumer Protokolle 65/07. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum 2008, S. 19-40.
- Kurtenbach, Sabine: Guatemala's Post-War Development: The structural failure of low intensity peace. Social and Political Fractures after Wars: Youth Violence in Cambodia and Guatemala. Project Working Paper No. 3, Institute for Development and Peace (INEF), Duisburg 2008. Verfügbar unter <http://www.postwar-violence.de/files/wp3_guatemala_low_intensity_peace.pdf>.
- Kurtenbach, Sabine: Youth Violence as a Scapegoat. Youth in Post War Guatemala. Social and Political Fractures after Wars: Youth Violence in Cambodia and Guatemala. Project Working Paper No.5, Institute for Development and Peace (INEF), Duisburg 2008. Verfügbar unter <http://www.postwar-violence.de/files/wp5_guatemala_youth.pdf>.
- Kurtenbach, Sabine: Youth Violence in Post-War Societies. Conceptual Considerations on Continuity and Change of Violence. Social and Political Fractures after Wars: Youth Violence in Cambodia and Guatemala Project Working Paper No. 1, Institute for Development and Peace (INEF), Duisburg 2008. Verfügbar unter <http://www.postwar-violence.de/files/wp1_concept_postwar_youth_violence.pdf>.

Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-Genocide Rwanda

Projektleiter: **Prof. Dr. Lothar Brock**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

- Buckley-Zistel, Susanne: Conflict Transformation and Social Change in Uganda. Remembering after Violence. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008.
- Buckley-Zistel, Susanne: Demokratisierung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Innerstaatliche Konflikte. bpb-Online-Dossier Bonn 2008. Verfügbar unter <<http://www.bpb.de/themen/RMQI3R,0,Demokratisierung.html>>.
- Buckley-Zistel, Susanne: Gewählte Amnesie. Die soziale Dimension von Erinnern und Vergessen nach dem Völkermord in Ruanda. Peripherie Nr.109-110/2008, S. 131-147.

+

Staatsverfall als friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung: Wie können Gewaltstrukturen transformiert und Governance-Ansätze gestärkt werden? Eine konzeptionelle Untersuchung mit empirisch-analytischer Anwendung auf Somalia und Afghanistan

Projektleiter: **Dr. Tobias Debiel**, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg und **Dr. Conrad Schetter**, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn

- Debiel, Tobias/Lambach, Daniel/Pech, Birgit: Geberpolitiken ohne verlässlichen Kompass? Zum Wandel des Governance-Diskurses in schwierigen Zeiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 48/2007, S. 10-16.
- Mielke, Katja/Schetter, Conrad: Where ist he Village? Local Perceptions and Development Approaches in Kunduz Province. In: Asien. The German Journal on Contemporary Asia Nr. 104/2007, S. 71-87.
- Schetter, Conrad: Lokale Macht- und Gewaltstrukturen in Afghanistan. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 39/2007, S. 3-10.
- Schetter, Conrad: Talibanistan – der Anti-Staat. In: Internationales Asienforum, 38 (2007),3-4, S. 233-257.
- Schetter, Conrad/Glassner, Rainer: Bundeswehreinsatz und ziviles Engagement in Afghanistan. In: Südasien Nr. 27-28/2007, S. 96-99.
- Ibrahim, Mohamed/Terlinden, Ulf: Making Peace, Rebuilding Institutions: Somaliland – a Success Story? In: Harneit-Sievers, Axel/Spilker, Dirk (Eds): Promoting Democracy under Conditions of State Fragility. Volume 2. Somalia. Nairobi (Heinrich Böll Stiftung) 2008, pp. 58-77.
- Schetter, Conrad/Mielke, Katja: Staatlichkeit und Intervention in Afghanistan. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 83 (2008), 1, S. 71-96.
- Schetter, Conrad: Talibanistan oder das Ende der staatlichen Ordnung. In: Wissenschaft und Frieden 26 (2008), 3, S. 22-25.
- Schetter, Conrad: Talibanistan. Lo Stato Fantasma. In: Limes Nr. 1/2008, S. 195-205.
- Terlinden Ulf: Emerging Governance in Somaliland: A Perspective from Below. In: Bruchhaus, Eva-Maria/Sommer, Monika (Eds): Hot Spot Horn of Africa Revisited. Hamburg: Lit Verlag 2008, pp. 51-67.



Rüstungskontrolle und Abrüstung

Neue nicht-tödliche Waffen – physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen

Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter**, Fachbereich Physik, Technische Universität Dortmund

- Altmann, Jürgen/Reppy, Judith: Non-Lethal Weapons: Democratic Necessity or Business as Usual? In: Evangelista, M. et al (Eds): Democracy and Security. Preferences, Norms and Policy Making. Abingdon/New York: Routledge 2008, pp. 36-52.

Intervention in Gewaltkonflikte

Die Instrumentalisierung religiöser Symbole als virulentes Konfliktpotenzial. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des „Karikaturenstreits“ auf interreligiöse Koexistenz am Beispiel des Libanon

Projektleiter: **Prof. Dr. Heribert Weiland**, Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg

- Baumann, Marcel: ‚Alles begann mit einem Kinderbuch‘: Religiöse Symbole als Konfliktpotenzial. In: epd-Dokumentation, Nr. 10/2008, S. 27-30.

Das Konzept der Sicherheitssektorreform – reisefähig, ganzheitlich, demokratisch? Entwicklung eines Forschungsrahmens zur Analyse der Sicherheitssektorreform als Beitrag zur Konflikttransformation

Projektleiterin: **PD Dr. Ruth Stanley**, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaft, Freie Universität Berlin

- Bendix, Daniel/St Stanley, Ruth: Reforma del Sector Seguridad en África. La promesa y la práctica de un enfoque nuevo en la cooperación al desarrollo. In: Cuadernos de Seguridad 21 (2008), 07-08, S. 13-63.
- Bendix, Daniel/St Stanley, Ruth: Engendering Security Sector Reform: Where to from Here? In: Sicherheit und Frieden 26 (2008), 1, S. 44-48.
- Bendix, Daniel/St Stanley, Ruth: Security Sector Reform in Africa. The Promise and the Practice of a New Donor Approach. African Centre for the Constructive Resolution of Disputes (ACCORD) Occasional Paper Series 3 (2008), 2.



Folgende Publikationen (Auswahl) sind über die DSF zu beziehen:

Forschung DSF:

- Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff/Malcolm Dando: A Paradigm Shift in the CBW Proliferation Problem: Devising Effective Restraint on the Evolving Biochemical Threat. Osnabrück 2008 (Heft 12).
- Sabine Klotz: Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina. Osnabrück 2008 (Heft 13).
- Sven Chojnacki: Wandel der Gewaltformen im internationalen System 1946-2006. Osnabrück 2008 (Heft 14).
- Susanne Buckley-Zistel: Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-genocide Rwanda. Osnabrück 2008 (Heft 15).
- Jürgen Altmann: Millimetre Waves, Lasers, Acoustics for Non-Lethal Weapons? Physics Analyses and Inferences. Osnabrück 2008 (Heft 16).
- Helmut Breitmeier: Globaler Klimawandel und Gewaltkonflikte. Osnabrück 2009 (Heft 17).
- Matthias Basedau/Peter Körner: Zur ambivalenten Rolle von Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten. Osnabrück 2009 (Heft 18).
- Wolfgang Liebert/Matthias Englert/Christoph Pistner: Kernwaffenrelevante Materialien und Präventive Rüstungskontrolle: Uranfreie Brennstoffe zur Plutoniumbeseitigung und Spallationsneutronenquellen. Osnabrück 2009 (Heft 20).
- Andreas Heinemann-Grüder: Föderalismus als Konfliktregelung. Osnabrück 2009 (Heft 21).
- Matthias Dembinski/Andreas Hasenclever/Katja Freistein/Britta Weiffen/Makiko Yamauchi: Managing Rivalries – Regional Security Institutions and Democracy in Western Europe, South America, Southeast Asia and East Asia. Osnabrück 2009 (Heft 22).

Jahresberichte DSF:

Jahresberichte 2001-2008

Arbeitspapiere DSF:

- Grundprobleme der Konfliktbeteiligung und Friedenkonsolidierung mit besonderer Berücksichtigung der Konfliktherde auf dem afrikanischen Kontinent. Osnabrück 2007 (Heft 3).
- Wie lässt sich die globale Aufrüstungsdynamik umkehren? Handlungsoptionen für eine friedenssichernde Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 25. September 2008 in Berlin. Osnabrück 2009 (Heft 4).